

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Hauptstr. 174,  
und durch Subskriptionen zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen 2.50,  
frei ins Haus 2.75,  
wo keine Post am Orte 2.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expeditionsbüro  
für die Expedition  
Gesamtheit über dem Haupt  
174 Hauptstr.  
15. Wenzelsplatz  
Kasseler Platz 174.  
Spendenkonto für die Expedition  
nach dem 1. März 1908  
Expedition abgeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 45.

Donnerstag, den 22. Februar 1908.

10. Jahrgang.

### Stadtverordneten-Wahltag

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl in Kassel sind sämtliche bürgerlichen Kandidaten der dritten Wählerklasse unterlegen, alle sieben sozialdemokratischen Kandidaten wurden gewählt.

### Hundert gegen zwei.

Eine Sozialisten-Debatte im Stadt-Parlament.

Zu einer regelrechten Sozialisten-Debatte wuchs sich ganz ohne unser Zutun der gestrige Mittags-Sitzung in der Kasseler Stadtverordneten-Versammlung aus. Ganz ohne unser sozialdemokratisches Zutreten, denn was diese im Verlaufe der Diskussion vorzutragen hatten, war weit entfernt vom sozialistischen Zukunftsziele, es betraf die Lohn- und gewerkschaftlichen Fragen der städtischen Arbeiter, die kommunale Selbstherrlichkeit auf den Friedhöfen und das gleiche Anspruchsrecht der Bürger auf städtische Baulichkeiten, also eminent bürgerliche und gegenwartsstaatliche Aufgaben, die mit dem Zukunftsstaat so wenig zu tun haben, wie etwa Dr. Mitsche mit der Wissenschaft vom gereinigten Grundwasser. Eine Grundwasserdebatte ging nämlich der Staatsberatung voraus und endete, wie mehrere ihrer Vorgänger, mit einer Vorlesung über den guten Ton, wie sie der Chef unserer Kommunalverwaltung von Zeit zu Zeit Herrn Mitsche, Herrn Stein, Herrn Finger, Herrn Bender, den Genossen Schütz und Löbe, sowie dem Gemeindevorstand zu halten pflegt, bis er schließlich in die Dimensionen hineinwuchs, in denen er selbst den schmutzigen Führer der sogenannten Linken, Herrn Heilberg, in ganz unparteiischer Weise anbläst oder je nachdem auch umbläst. Und doch war diesmal nicht der Ober der Krone im Streit, er mußte vielmehr beschiden zurücktreten gegenüber dem Professor Kaufmann, einem alten Recken der nationalliberalen Partei, der inmitten dieser profanen Wände und nüchternen Kommunalgeschäftsleute wie der Feiertagsredner aus einer anderen Welt erscheint. Genosse Löbe hatte durch geschichtliche Vergleiche aus der Zeit der Verfolgungen gegen die „Deutsche Turnerschaft“, durch Zitate deutscher Turnerlieder und Hinweise auf Gesinnungsschnüffeleien im Gebiete der Volkserziehung die schwankenden Unterlagen der oberbürgermeisterlichen Turnhallenentziehung aufgewiesen und auf die gefährlichen Konsequenzen hingedeutet, die das ruhige Zuwarten der Stadt gegenüber den Uebergriffen kirchlicher Gemeinschaften für alle Minoritäten haben müsse. Er hatte ferner darauf aufmerksam gemacht, daß das Koalitionsrecht, welches Herr Dr. Bender zugestehen will und das zugleich vorschreibt, wo und mit wem sich die Arbeiter koalieren sollen, natürlich wertlos bleiben muß. Demgegenüber blieb der Kommunalchef einfach bei seinen alten Versicherungen und Ablehnungen, ohne neue Tatsachen beizubringen. Er fügte berechnender Weise nur noch hinzu, daß ihm nicht nur

ber äußerlich grobe Arbeiter verhaßt sei, sondern auch der äußerlich höfliche, denn der könne ja tief, tief in seinem organisierten Herzen einen schwarzen, magistratsfeindlichen Fleck haben. Aber auch dazu befandete die Mehrzahl ihre laute Zustimmung. Dann trat mit erregten Schritten und wallendem Haar Professor Kaufmann in die Arena, eine Pierde der nationalliberalen Partei und Lehrer der deutschen Geschichte an der Universität Breslau. Was er über menschliche Schattenseiten und Schwächen, über irdische Mangelhaftigkeit und nationale Größe, über deutschen Gehorsam und preussischen Untertanensinn, über sozialistische Verkürrungen und Herrn Benders Macht und Herrlichkeit in schwunvollen Perioden unter dem Beifall der 100 beklammerte, wäre vielleicht am Plage gewesen, wenn unsere Redner etwa vom Massen-Elend und Massen-Unrecht in der kapitalistischen Gesellschaft, von den Vorzügen und Schönheiten einer höheren sozialistischen Weltordnung gesprochen hätten, in der kein Heimarbeiter mehr in 15 stündiger Arbeit über die Nähmaschine gebückt den Tobeskeim in seinen jungen Körper legt, in dem kein unschuldiges Kind mehr aus Mangel an Ernährung und Pflege geistig und körperlich verkürrt, in der nicht mehr die Gewalt, sondern das Recht den Thron bestiegt und die Bürger in voller Gleichberechtigung das Wohl ihres Volkes und ihres Landes fördern. Wenn wir zukunftsstaatliche Parteipropaganda betrieben hätten, dann hätte der Herr Professor das Lob des Gegenwartsstaates singen mögen, aber bei der nüchternen Frage um ein Paar Pfennige Lohnserhöhung und ein paar Lot Bürgerrecht sollte er die nackten Interessenkämpfe nicht durch nationale und ideale Fahnen und Bänder zu verhängen suchen. Zu solcher Auseinandersetzung möge er ruhig ins Volk hinabsteigen, zu denen, die er vor falschen Propheten und irrenden Führern retten will. Hier, wo er in freier Rede und Begegnung die Wage der Weltanschauungen mit seinen Gewichten belasten kann, stehen wir jederzeit bereit und heißen ihn sogar willkommen. Dort oben aber ist der Kampf etwas ungleich: nachdem fünf Redner sich genügend über das Unberechtigte und Frivole der sozialdemokratischen Ansprüche ausgelassen hatten, wurde unserem Redner durch einen Schlußantrag einfach die Antwort abgeschnitten. Wir glauben, in solcher Situation dürfte selbst Herr Professor Kaufmann seinen rhetorischen Sieg nicht allzuhoch einschätzen. Ihm sekundierte in kürzeren und längeren Ansprachen Dr. Töpfl, der in dieser Frage allerdings eine peinliche Personalunion zwischen deutschem Turnerführer und Schuldeputationmitglied darstellt, also in eigener Sache zu entscheiden hatte, dann Herr Dr. Richter, der gewissermaßen als politischer Lazarettgehilfe und Untergebener des Magistrats die Maßnahmen seiner Vorgesetzten belobigt, weil das von den beiden anderen liberalen Rednern noch nicht genügend gesehen war! Zum Schluß Herr Heilberg — wie immer in seiner zweischlächtigen Gestalt: weder Herr Löbe, noch Herr Kaufmann, aber auch nicht ganz der Herr Oberbürgermeister! Er ließ sich nur über zwei Fragen aus, die Friedhofs- und die Turnhallenfrage, in beiden mußte er den richtigen Standpunkt des Beschwerdeführers Löbe zugeben, jedoch

geschah das in einer Form, daß eigentlich nur der Ober selbst es merkte. Ist in der Turnhalle keine politische Propaganda getrieben worden, dann ist die Entziehung zu unrecht erfolgt. Da der Vorderfrag stimmt, trifft auch der Nachfrag zu. Auf dem städtischen Friedhof muß jeder Bürger, unabhängig von kirchlichen Vorschriften, sich beerdigen lassen können. Das ist bei der Beerdigung, die zur Beerdigung Anlaß gab, nicht der Fall gewesen. Also? Der Ober, der sich von dieser Seite verlassen sah, fertigte den unbequemen, dabei aber doch so höflichen Frager barsch und absolut absehnend ab. Ich weiß wirklich nicht, was der Stadtv. Heilberg noch will! Herr Heilberg hat es wahrscheinlich gewünscht und wird es bei Gelegenheit späterer Anträge noch zu verdeutschlichen Gelegenheiten haben.

Wie bemerkt, wurde eine sozialdemokratische Antwort auf 5 gegnerische Redner durch einen rechtzeitig wiederholten Schlußantrag verhindert. In der Stadtverordneten-Versammlung stehen nämlich 100 gegen 2. Aber diese zwei werden sich in Zukunft gleichzeitig zum Wort melden, um vor solchen Uebergriffen geschützt zu sein. Und die Genossen werden dafür sorgen, daß diese zwei nicht zu lange mehr allein stehen.

So blieb denn als wichtigstes Ergebnis der Debatte das Zugeständnis des Oberbürgermeisters, daß man ihm keinen Fall wird nachweisen können, in dem die Stadt liberal gehandelt habe. Er meint liberal nur im politischen Parteilinn, wir sind gern bereit, die Versicherung weit darüber hinaus als richtig zuzugestehen. Für Genossen Löbe wollten er und besonders auch Professor Kaufmann mildernde Umstände bewilligen, weil dieser offensichtlich ehrlich bestrebt sei, die Arbeiterinteressen sachlich zu vertreten. Für dieses Bemühen haben die Massengenossen der Kaufmann und Bender dem Sozialdemokraten Löbe 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis aufgezählt und wenn er es nicht schon vorher gewußt hätte, wühlte er es nach diesen 450 Tagen hinter eisernen Gittern, wie das bürgerliche Vaterland die Arbeit im Interesse des Proletariats lohnt. Mit den geschichtlichen stehenden Fußes herausfordern wollen. Ueber die Kämpfe unserer Tage werden erst die Urteile können, die 100 Jahre nach uns kommen und wenn dann ein Mann mit geschärftem wissenschaftlichen und historischen Blick auf unsere Zeit zurückblickt, wird er wie heute Kaufmann über Arndt und Jahn sagen: Gut ab vor Marx und Lassalle, vor den Männern, die den Anstoß gaben, daß unser Volk sich aus leiblicher Not und geistiger Nacht erhob!

### Politische Uebersicht.

Die Zukunft der freisinnigen Vereinigung. Der geschäftsführende Ausschuss des Wahlvereins der Liberalen, d. h. der freisinnigen Vereinigung, hat die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung auf den 21. und 22. April nach Frankfurt a. M. einberufen. Das ist reichlich spät, denn ursprünglich sollte der linksfreisinnige Parteitag schon im

### Jack.

Roman von Apollonie Dandiel.  
Einzig autorisierte Uebersetzung.

67] (Nachdruck verboten.)  
Seit sie die Möglichkeit erkannt hatte, Frau Wangin zu werden und diesem unerbittlichen Brigadier den Arm fürs Leben zu reichen, verlor Jenade darüber Appetit und Durst. Sie, die doch so Tatkräftige, vertiefte sich in Betrachtungen und endlose Träumereien, verharnte stundenlang vor ihrem Spiegel, um sich zu puzen, sich zu betrachten, und streckte sich plötzlich in komischer Verzweiflung die Zunge heraus. Das arme Mädchen täuschte sich nicht über sich selbst.  
„Ich weiß sehr wohl, daß ich häßlich bin“, sagte sie, „und daß mich Herr Wangin nicht wegen meiner schönen Augen nimmt. Doch das tut mich nichts. Wenn er mich nur erst nimmt. Dann verblüde ich mich, daß er mich hernach schon lieben soll.“  
Und das gute Geschöpf schüttelte leise den Kopf und lächelte mit innerer Zufriedenheit, denn sie allein wußte, welchen Schlag von Jählichkeit, Geduld und Enttägung herjenige finden würde, der an ihrem Herzen lächelte. Die Idee dieser Heirat, die Angst, ob sie zustande kommen würde, die Freude der Gemütsheil, als die Sache einmal abgeschlossen und das Datum festgesetzt war, hatten ihre rege Wachsamkeit abgelenkt. Ueberdies wohnte der Kanteier nicht mehr in Jndret. Auch hatte sich Clarissa bei dieser Gelegenheit so guttig erwiesen, daß Jenade darüber ihren Argwohn ein wenig vergessen hatte. Und dann — man ist doch erst Weib, dann Tochter. Zuweilen, wenn sie ihre Aussteuer nähte oder ihr Hochzeitskleid, welches sie selbst anfertigte, hatte sie Anwandlungen von Erkenntlichkeit; sie ließ ihren Fingerhut, ihre Schere liegen, hüllte unter den weißen Stoffen umher, bis hin zur Stiefmutter.  
„O Mama, Mama!“  
Und sie umarmte sie, drückte sie an ihre Brust, auf die Gefahr hin, sie zu stochen, denn ihre Taille war in diesem schrecklichen Feuerker an ihrer Näherinnentalente mehr und mehr mit Stednadeln und Nähnadeln geharnischt worden. Sie sah nicht Clarissas Blässe und Unruhe. Sie fühlte nicht das Fieber, welches die weißen Hände der jungen Frau in ihren Händen durchglühte, in ihren jungfräulichen, stets eiskalten Händen. Sie gewahrte nicht ihre lange und häufige Abwesenheit, sie hörte nicht, was man auf der großen Straße von Jndret sprach. Sie sah, sie hörte nur ihr Glück, sie lebte in einer heiteren Begeisterung, einer trunkenen Ungeduld.  
Eben waren die ersten Aufgebote gehalten, die Hochzeit

in vierzehn Tagen festgesetzt worden, und Roubies kleines Haus empfand stündlich die frohe, hastige Unruhe, welche einer Hochzeit vorangeht. Das war ein Kommen und Gehen, ein Knarren der Türen. Jenade stieg täglich die kleine hölzerne Treppe zehn Mal mit dem Hüpfen eines jungen Flußerbes auf und nieder. Und das Gepolde der Freundinnen und Gesäterinnen, die Hohen, welche man anprobirt, die Geschenke, welche eintreffen. Die Braut hatte deren viel, denn dies bide Möbel hatte trotz ihrer etwas mürrischen Miene sich bei allen beliebt zu machen gelernt. Auch Jack nahm sich vor, ihr ein kleines Andenken aus Veranlassung der Heirat zu geben. Seine Mutter hatte ihm hundert Franks geküßt, die sie von ihrem schmalen Zollettersgelde genommen und mühsam erpart hatte, denn der Dichter buchte alle Ausgaben.  
„Dies Geld ist für Dich, mein Jack“, schrie Charlotte. „Ich habe es für Dich bei Seite gelegt. Du wirst damit ein kleines Geschenk für Fräulein Roubie und einen Anzug für Dich selbst kaufen. Ich wünsche, daß Du anständig bei dieser Feier erscheinst, und Deine Garderobe muß in einem erbsärmlichen Zustand sein, wenn Du, wie Du mir schreibst, Dein engliches Postum nicht mehr tragen kannst. Mache Dich recht schön und amüsiere Dich gut. Besonders aber erwähne nichts von dieser Sendung in Deinen Briefen. Sprich auch nicht zu Roubies davon. Sie würden mir danken wollen, und das würde mir nur großen Verdruß bereiten. Er ist angemessen vor außerordentlich nervöser Empfindlichkeit. Er arbeitet zu viel, der arme Freund. Und man bereitet ihm so viel Ungelegenheiten. Alle sind hinter ihm her, um ihn an der Erreichung seines Zieles zu hindern. Das ist ausgemacht. Sage nicht, daß diese hundert Franks von mir kommen. Man wird sie für Deine kleinen Ersparnisse halten.“  
Seit zwei Tagen fühlte Jack sich stolz mit diesem Gelde in der Tasche. In der Tat, die Goldstücke machten seinen Gang freier, gaben ihm eine leichte, gebiegene Fröhlichkeit. Er machte sich ein Vergnügen daraus, neue, sehr saubere Kleider zu haben, und nicht mehr seine entsehlischen, durch zahlreiches Auswaschen verrosteten Heimgewandmittel. Zu diesem Zwecke mußte er nach Nantes fahren, und er erwartete mit Ungeduld den nächsten Sonntag. Nach Nantes fahren! Doch ein Vergnügen mehr; und was ihn am meisten rührte, war das Bewußtsein, all diese Freuden seiner Mutter zu verbanken. Nur eines schenkte man einem jungen Mädchen zur Hochzeit? Wie soll man ihr ein Vergnügen machen, wie soll man erraten, was ihr noch fehlt unter dieser Lawine von Kleinigkeiten und Schmuckstücken, die in den Korb der Verlobten fallen wie ein letztes Verewohl, all der Aenderen, all der Kolletten ihrer Jugend. Man hätte sehen müssen, was sie schon besaß.

Jack dachte daran an einem Winterabend, als er zu Roubie heimkehrte. Es war an diesem Abend sehr dunkel. Nicht beim Gange stieß er an jemanden, der im Davonlaufen die Mauer streifte.  
„Sind Sie es, Velsar?“  
Man antwortete nicht, aber als er die Tür aufschloß, erkannte der Lehrling, daß er sich nicht geirrt hatte, und daß Jenade hier hindurchgegangen. Clarissa war auf dem Corridor, zerzaust von dem Winde, erbläst von der Kälte der Straße, und so vertekelt, daß sie selbst in Jacks Weisheit die Letztlinie des Briefes fortsetzte, den sie in den Nichtsreisen hielt, welcher aus dem Saal fiel. Dieser Brief mußte sie von etwas ganz Außergewöhnlichem benachrichtigen. Da erinnerte sich Jack, daß er bei Joesen in Saint-Nazaire eine große Summe im Spiel mit den Mechanikern eines seit kurzem aus Kalfutta eingetroffenen englischen Fabrikzeuges verloren. Des Ras fragte man sich, was er anstellen würde, um zu bezahlen, und ob er nicht über die Klinge springen würde. Ungewisshaft berichtete der Brief davon; man brauchte nur Clarissas Erregung anzusehen.  
In dem Saale waren Jenade und Wangin allein. Vater Roubie war früh Morgens nach Chateaubriand hinübergefahren, wo sich die Papiere seiner Tochter befanden, und sollte erst am anderen Tage zurückkehren. Das hinderte den schönen Brigadier freilich nicht, nach Jndret hinüberzukommen, um den Ras zu machen und zu Tisch zu speisen, da seine Gegenwart durch die der Frau Roubie genehmigt war. Ueberdies hatte er ein sehr ruhiges und wenig gefährliches Geschäft, dieser Brigadier, und verdiente gar wohl seinen Beinamen, „der Zufünftige“, da er trocken und kalt, wie das Verbum eines Verbums war. Augenblicklich streckte er sich in Roubies gutem Armessel und stemmte die Beine auf das Kaminstück, während Jenade im großer Toilette, gepußt von ihrer Stiefmutter, L. messerrot und enggeschmüht, den Tisch fertig bedeckte. Er unterließ sie sehr ernsthaft von dem Mauttarif und dem Zoll, welchen die städtischen Samenkerne, der Indigo, der Kabaurogen bezahlten, um in den Häfen von Nantes einzulassen.  
„Das ist nichts, nicht wahr? Und doch, — die Mebe ist ein so großer Zauberer, daß Jenade sich entsetzt an jeder Ziffer, welche er zuweilen beim Tischdecken innehielt. Bis tief zum Herzen von diesen Einzelheiten der Niederlage und wie von einer kühnen Wust durchschneidet.“ Der Eintritt des Beirtrages hörte die Liebenden, welche sich schon im Voraus in den ruhigen Frieden häuslicher Unterhaltungen eingeweiht hatten.  
„Mein Gott, da ist Jack. Dann ist's wohl sehr spät. Und die Suppe ist noch nicht angerichtet. Schnell, Freund Jack, in den Keller. Und Mama, wo ist sie hingegangen? Mama!“  
(Fortsetzung folgt.)



März zusammenzutreten; man wird sich also noch eine Weile auf eine Entscheidung gedulden müssen, die für das Schicksal des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland nicht ohne Bedeutung sein wird.

Gibt es für den Freisinn überhaupt noch eine Rettung? Diese Frage wird auf dem Parteitag der freisinnigen Vereinigung ihre Beantwortung finden. Hier und nirgendwo sonst! Denn betrachtet man sich den Zustand, in den die freisinnige Volkspartei unter Führung der Fischer, Wiemer und Kopsch, und die süddeutsche Volkspartei unter dem Kommando Pogers geraten ist, so wird man sich sagen müssen, daß auf diesen Erbherrn keine Hoffnung für den bürgerlichen Liberalismus blickt. Stets anders steht es noch mit der freisinnigen Vereinigung. Ihr vorjähriger Parteitag hat sich nach dem großen Redebull Naumann-Warth, das mit einem großen persönlichen und sachlichen Erfolg Warth's endete, nur mit schwerem Herzen und aus Gründen der neu gegründeten „freisinnigen Einigung“, (die gefördert zu haben, Warth's schwerer taktischer Fehler war) zu dem Experiment der Doppelpolitik entschließen können. Nach dem 10. Januar beschloß der geschäftsführende Ausschuss ein förmliches und offizielles Misstrauensvotum für den Reichstagsler, dessen Ausführung er der Reichstagsfraktion übertrug. Diese beschloß mit 8 gegen 4 Stimmen, dem Wunsche des Parteivorstandes zu entsprechen, wurde jedoch dann in der Fraktionsgemeinschaft von den freisinnigen und deutschen Volksparteilern überstimmt. Um nicht den sog. „kleinen Block“ der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft und am Ende die eigene Partei zu sprengen, fügten sich die acht in das Blockschicksal.

Zu Ostern wird sich zeigen, ob die freisinnige Vereinigung bereit und imstande ist, unter energischer Ausschüttung von Seuten wie Pacht die Bahn einer kleinen aber energischen, radikalen bürgerlich-demokratischen Partei zu beschreiten. Daß eine solche Partei unter den gegenwärtig in Preußen-Deutschland herrschenden Zuständen sich auf lange Zeit auf die Rolle einer oppositionellen Minorität einrichten müßte, versteht sich von selbst. Will oder kann sie das nicht, dann werden wohl auch die unermüdblichen Optimisten vom Schlage Warth's für alle Zeit die Hoffnung aufgeben müssen, daß dem Liberalismus in Deutschland jemals noch eine andere Aufgabe beschieden sein könnte, als die, den Troststumpf der junkerlichen Reaktion zu spielen.

### Herr Sydow? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet vom 20. Februar:

Seine Nachmittags findet unter dem Vorsitz des Reichstagslers Fürsten von Bismarck eine vertrauliche Besprechung der stimmführenden Mitglieder des Bundesrats statt, deren Gegenstand in erster Linie die Lage der Reichsfinanzen und der bevorstehende Wechsel in der Leitung des Reichsfinanzamts sein wird. Als Nachfolger des Freiherrn von Stengel ist, wie wir hören, der Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt, Herr Sydow, in Aussicht genommen, der gleichzeitig zum Staatsminister und Mitglied des preussischen Staatsministeriums ernannt werden soll.

Die Ernennung des Herrn Sydow zum Reichsfinanzminister wird allgemein als Ueberraschung empfunden werden. Die Berliner bürgerlichen Abendblätter, die gleichzeitig mit der „Nordd. Allgem. Zeitung“ erscheinen, bezeichnen noch den Unterstaatssekretär des Reichsfinanzamts, Herrn Zwele, als mutmaßlichen Nachfolger des Freiherrn von Stengel. Auch Herr Zwele war schon als Verlegenheitsminister gedacht und war überhaupt erst in Erwägung gezogen worden, nachdem über ein Duzend Finanzpraktiker und Theoretiker den Fürsten Bismarck hatte glatt abtaufen lassen. Jetzt präsentiert man aber der übertrugenen Verantwortlichkeit anstatt des allgemein erwarteten Zwele einen anderen Reichsamt, einen Herrn Sydow, der sich alle hervorragenden staatsmännlichen Fähigkeiten und Verdienste, die ihm später einmal die offiziöse Presse nachtragen wird, erst zu erwerben hat. Diese Lösung der Schatzmeisterfrage dürfte die Folge haben, daß der fetteswegs überragende, aber doch immerhin eingearbeitete und sachkundige Herr Zwele demnächst seinen Abschied nimmt, um Herrn Sydow's Betätigungsbereich keine Schranken zu setzen.

Ob Herr Sydow schon einmal in seinem Leben über die Fragen der deutschen Reichsfinanzreform nachgedacht hat, ist nicht bekannt. Man kann also in diesem Falle nicht sagen: „der Mann ist ein Programm“, sondern gerade umgekehrt, die Ernennung dieses farblosen, wenig bekannten Beamten zum Reichsfinanzminister ist ein Zeichen für die totale Programmlosigkeit der gegenwärtigen Kurie auf dem Gebiete der Finanzpolitik, ein Zeichen eines fast hoffnungslosen Nullifizismus.

Will man in der Ernennung dieses Mannes überhaupt eine Spur sachgemäßer Erwägung finden, so kann man höchstens dabei an den genialen Plan denken, der darauf hinausläuft, durch eine Vertiefung des Finanzsprechers die Finanzen des Reiches um einiges aufzubessern. Dieser Plan ist wie auserlesen zu dem Zweck, die kleinen Geschäftskreise der Städte gegen die Regierung zu verteidigen, und wenn Herr Sydow, der Urheber dieses Planes, dazu bestimmt ist, ihn amtlich zu vertreten, so ist er allerdings der Schatzmeister, den sich die Sozialdemokratie unter den gegebenen Umständen den Herzen wünschen dürfte.

Ueber die weiteren Pläne der Regierung zur Befestigung der schwachen Reichsfinanzreform wird man wohl auch bald etwas Näheres zu hören sein. Die Schwierigkeiten sind so groß, daß sie fast unüberwindlich erscheinen, da vorläufig weder das Zentrum noch der Freisinn die Verantwortung für die Finanzreform und die damit verbundenen Aufgaben übernehmen will. In eine Finanzreform, welche die breiten Massen schon und ihre Reiben den besitzenden Klassen ausliefert, wird man weniger denn je zu denken sein, denn zur Wahrung einer solchen Geschäftsbearbeitung wäre ein anderer Mann notwendig, als der Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt, Herr Sydow.

**Republikanische Unversöhnlichkeit.** Auch sieht sich nicht für alle. Das heißt die ultramontane „Germania“ nicht zu betrachten, die jetzt ganz im Sinne der republikanischen Partei, in ihrer noch immer schwebend, die

### Haltung des Freisinn in der preussischen Wahlrechtsfrage kritisiert. Sie schreibt:

Die Wahlrechtsbewegung ist jetzt eine lebende Substanz in den freisinnigen Kreisen überstanden. Es wird dort berichtet über die eifrigen Versammlungen und Resolutionen, in denen die Erklärung des Fürsten Bismarck zur preussischen Wahlrechtsfrage scharf kritisiert und „zum Kampfe“ für das Wahlrechtswahlrecht in Preußen aufgerufen wird. Obwohl die neue Substanz nicht an Stoffarmut leidet, da aus allen möglichen Orten und Gegenden Berichte über „die Bewegung“ vorliegen, gewinnt man doch nicht den Eindruck, als ob es den Freisinnigen gelungen sei, eine wirkliche Volkswegung ins Werk zu setzen. Die ganze „Bewegung“ ist bis jetzt offenbar über die freisinnigen Organisations- und ähnlichen Konzepte noch nicht hinausgekommen. Wie wenig Anlaß der Reichstagsler hat, sich vor dem angeforderten „Kampfe“ zu fürchten, geht schon daraus hervor, daß von einer Festlegung des Freisinn zum Block für den Fall weiterer Verweigerung der Wahlrechtsreform nicht die Rede zu sein pflegt, wohl aber die Absicht, kein zur Blockpolitik zu halten, betonen wird. Im Abseigen: Wie kann ein Kampf um ein Wahlrecht ernst angenommen werden, das man in Wirklichkeit gar nicht will?

Wie wir über die freisinnige Wahlrechtsbewegung und den größeren Teil ihrer Heiden denken, haben wir schon oft genug gesagt. Woher aber nimmt die „Germania“ das Recht, den Freisinn zu kritisieren, sie, das Organ einer Partei, die sich im bisherigen Verlaufe der Wahlrechtsbewegung noch zehnmal elender aufgeführt hat als der Blockfreisinn? Wenn sie über die freisinnige „Volkswegung“ zu Gunsten des gleichen Wahlrechts höhnt, wo bleibt denn die ultramontane Volkswegung?

**Geplänkel im Reichstag.** Im Reichstags wurde am Donnerstag zunächst das Telefontengesetz erledigt, in das leider, wie Genosse Brand tabelnd hervorhob, keine Ordnung der Gedächtnisse aufgenommen worden ist. Dann wurde die Justizdebatte fortgesetzt. Der freisinnige Handelskammerpräsident Dohle will von Sonderstrafgerichtsgerichten für Handwerker und Bureauangestellte nichts wissen — bekanntlich hat er sich auch mit den Kaufmannsgerichten sehr schwer abgefunden — und tabelte reichlich sanftmütig die Schöndel'schelet von denen auch sein bloßfrömmes Gemüt der Doms Justitia nicht ganz freisprechen kann. Mit abender Schärfe schilberte der Pole Sedda den Kassationskurs im Reichstagsrat. Im Osten wird die Klassenjustiz zugleich zur Klassenjustiz. Einer Beantwortung der scharfen Anfrage, die auch von unseren Vätern lebhaften Beifall erhielt, entzog sich die Staatssekretärsliche Nullität durch den bekannten Kompetenz-einwand. Mit würdevoller Sachlichkeit, die bisweilen an Ablebendingsche Langweiligkeit grenzte, nicht ohne Wohlwollen und mit einem homöopathischen Zusatz sozialer Verständnisses erörterte Herr Wassermann die Frage der Jugendgerichts. Auch Herr Nieberding hat die Frage sorgfältig erwogen. Herr Nieberding erwachte überhaupt so intensiv, daß wir verfußt sind, ihm als Staatschrift vorzuschlagen:

Denn ich bin ein Mensch gewesen  
Und das heißt: Eindeger sein.

Am Schlusse der Sitzung führte der Mecklenburgische Junfer Malhan ein Spezialgesetz auf. Er entwarf sich über den Fall Drebe, d. h. nicht über die Silberdehnbälle, der „geistesfranken“ Fürstin, sondern über die, wie er behauptet, tendenziöse Ausschüttung des Falles seitens der Oppositionspresse. Immerhin tabelte er, daß man die Fürstin in einem Privatankatorium, statt in einer öffentlichen Anstalt untergebracht habe, und tabelte die allzu weite Ausdehnung des aristokratischen Privilegs der Unzurechnungsfähigkeit. Daneben griff er den Genossen Stadthagen mit einer Dreifigkeit an, die auf einen intensiven Umgang mit dem Janusshäutlichen Parlamentarier schließen läßt. Die beiden Hände in den Hofentaschen vergraben, stand der Dreifachhauspräsident an der rechtsseitigen Treppe der Rednertribüne und lachte behaglich über die Töne, die dort oben angeschlagen wurden. Die gefährliche Antwort wird nicht verenthalten bleiben.

**Monatsblätter für Arbeiterversicherung.** Von dem zweiten Jahrgang der von Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts herausgegebenen Zeitschrift „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“ (Verlag von Behrend u. Co., Berlin W 64) liegen bis jetzt 4 Nummern vor. In der Januarnummer werden zunächst die Wählerverhältnisse, die sich immer mehr einbürgern und beschärfen, und ihre Bedeutung für die Arbeiterversicherung erörtert. Ein Lageplan der 11 Wählerverhältnisse für Männer, Frauen, Kinder, Säuglinge und Mütter u. s. w. von Berlin ist beigegeben, ebenso 2 Ansichten der Luisen-Erholungsstätte „Eichkamp“, welche auch für Winterbetrieb eingerichtet ist. Weiter wird die Stellung der Färbegesellinnen in der Unfallversicherung besprochen. Aus dem Gebiet der Invalidenversicherung wird ein leider nicht selbsterhellender Fall der erloschenen Anwartschaft mitgeteilt, und daran der gute Rat für nichtständige Arbeiter und Arbeiterinnen gewandt; für jeden Monat, in dem für sie nicht mindestens eine Pflichtmaxime als Beitrag für die Invalidenversicherung entrichtet ist, eine 14-Pfennigmaxime freiwillig zu leisten, da dann die Anwartschaft nicht erlöschen kann.

In der Februarnummer werden die Rentenansprüche der Verbändner auffeigender Linie im Falle tödlicher Betriebsunfälle besprochen, deren gesetzliche Voraussetzung; eigene Beschäftigung und Bestehen ihres Lebensunterhalts durch den Verstorbenen, bei den Beteiligten noch vielfach falsch beurteilt werden. Außer zwei Fällen aus der Praxis des Reichs-Versicherungsamts (Unfall einer 7½-jährigen Veramantochter, die in der Landwirtschaft des Eltern arbeitete, beim Kaffeelochen; kein versicherter Betriebsunfall; Unfall eines versicherten Schmiebelehrers beim Sandgraben für eine kleine, die Werkstatt betreffende Reparatur als von der Schmiebelehrergesellschaft zu erwählender Unfall) werden die Beiträge mitgeteilt, welche Professor Dr. Th. Köster über die Behandlung kleiner Verletzungen bekannt gibt.

**Die preussischen Landtagswahlen.** Die agrarische Druffe Tageszeitung, nach deren Diktata die preussische Regierung zu arbeiten pflegt, rüchricht jetzt, den Landtag soll von Wingen zu Wingen und dann „mit den Reumühlen nicht so lange zu jagen“. Als Termin für die Wahlen schlägt sie die Zeit vor oder nach der Generalkonferenz. Man muß also damit rechnen, daß der preussische Landtag schon vor der Generalkonferenz und die Wahlen wahrscheinlich schon im Mai begonnen werden.

**Der Reut vom Hause Bloch.** Die Kommission des Reichstags für das Wahlrecht nahm den Antrag Litter (Hr.) an und beschloß, demnächst 30 glatte Klassen zu geben. Die Wahlrechtsreform ist in Getreide und Wollfabrikaten im Verzuge. Die letzten Bestimmungen des 30. März sind fast alle in Kraft getreten, auch die 3 des Antrages Litter, das Verbot der Wahlrechtsänderung in Organisations- und Wahlrechtsangelegenheiten. — Wie sich der Freisinn aber

**Vertriebsbeschränkungen der wälschen Wagnere-Spinnereien.** Nach unergiebig glänzenden Geschäftsergebnissen im vergangenen Jahre, die in den vorm gestiegenen Dinständen der Wälschenspinnereien in die Erscheinung traten, macht sich ein bestiger Konjunkturschwund nunmehr auch in den Spinnereien geltend. Die Wälschenspinner von Werbau, Krimmitschau und Umgebung beschloßen eine Vertriebsbeschränkung, die durch den Industrieverein Werbau in einer Beschränkung an die Handelspreise mit dem Drängen der Garnkonsumenten nach dieser Maßnahme begründet wird. Als besonders charakteristisch für die Situation des Garnmarktes und die Stellungnahme der Werbaudindustrie wird ein Artikel der Vertriebsbeschränkung der Wälschenspinnereien erwähnt, die das dringende Verlangen an die Spinnerei richteten, den wälschen Preis zu erhöhen und dem drohenden Niedergang der Branche energisch durch Vertriebsbeschränkung entgegenzutreten. Die Generalversammlung der Spinnereien nahm den erwähnten Artikel, von Montag, den 2. März bis auf weiteres mindestens aber bis Ostern die Spinnerei ein wöchentlich einen Tag stillzuliegen. Mit dem noch außenstehenden Werben sollen weitere Verhandlungen geführt werden, um die zur Befestigung der Produktionsbeschränkung, die sich auf ca. 700 000 Spindeln erstrecken soll, zu bewegen. In die Wälschenspinnereien in Rheinland, Westfalen und Südböhmen werden die wälschen Spinnereien sich mit dem Erlaß im Anschluß an ihre Maßnahmen wenden. Die Werbaudindustrie in den Spinnereien sollte besonders beachten, wie energisch die Fabrikanten ihre Unternehmerkollegen zur Selbstkritik aufzufordern. Die Arbeiter tragen die Hauptlast der Produktionsbeschränkung, ihr ständliches Einkommen wird weiter herabgesetzt in der Zeit der schwersten Teuerung. Das Unternehmertum hat in der Periode der Konjunktur enorme Gewinne eingefakt, die sie für den Ausfall in der Periode weniger guten Geschäftsganges reichlich zurückzugeben.

Gegen die studentischen Demonstrationen. Gegen die anhaltend für Professor Schöber in Wetzlarer Universitätsgebäude demonstrierenden Studenten ist vom bayerischen Kultusministerium eine Untersuchung eingeleitet worden. Ministerialrat Amalung ist mit der Führung dieser Untersuchung beauftragt worden.

**Der kassierte Kolonialrat.** Die Subkommission des Reichstags beriet den Etat für das Reichskolonialamt. Auf Anfrage Geyers erklärt der Staatssekretär, daß der Kolonialrat nicht mehr existiere. Das Kolonialamt müsse selbständig sein. Auch Dr. Semler ist der Ansicht, daß Privatinteressen in einem Kolonialrat leicht die Verwaltung beeinflussen könnten. Bei größeren Plänen in den Kolonien, Wababanten und Bergleichen, solle man konsultativ rechtzeitig zu Beratungen heranziehen.

### Ausland.

**Ein neuer Weltkonflikt?** Gatti verlangt von den deutschen und französischen Konsulaten die Auslieferung der geflüchtenen Revolutionäre, was bisher noch niemals verlangt noch geschehen ist. Präsident Alexis erklärte, Gewalt anzuwenden zu wollen.

**Parlamentarismus in Ungarn.** Die Dissidenten und Nationalisten beantragen am Mittwoch schon im Abgeordnetenhaus mit der Opposition gegen die Revision der Hausordnung, indem sie eine vollständige Debatte über den Antrag Weterie veranlassen, nach Aufschlebung aller anderen Vorlagen über die Revision zu verhandeln. Gegen die Stimmen der Dissidenten und einer kleinen Gruppe der Sozialpartei wurde der Antrag Weterie schließlich angenommen.

**Spionageprozess in Frankreich.** Zur Verhandlung des Spionageprozesses gegen Alimo war vor dem Marinegerichtssaal in Toulon seit 7 Uhr Morgens eine große Menschenmenge angeammelt. Am Saal fanden aber kaum 200 Personen Einlaß. Alimo, der Uniform trug, wurde von zwei Gendarmeriewachmannen in den Vorraum gebracht. Er erklärte, alles gesehen zu wollen. Die Verhandlung wurde vor der Verlesung der Anklageschrift für geheim erklärt, doch ist die nachträgliche Veröffentlichung der Klage zu erwarten, zumal da dem Verteidiger ein Teil seiner Akten gestohlen worden ist.

**Die kommunale Wahlreform in Dänemark,** die das Zweiklassenwahlrecht abschaffen und den Frauen lokale den Dienstleistungen das Wahlrecht bringen soll, ist in Landsting genählich beschlossen worden. Diese erste Kammer des dänischen Reichstages, die selbst auf Grund eines Zweiklassenwahlrechts zusammengesetzt ist, hat mit 30 gegen 5 Stimmen — die der 4 Sozialdemokraten und des einen Radikalen — den im Landstingauschuss aufgestellte geforderten Bericht angenommen. Wenn die Wahlrechtsreform die noch der ursprünglichen Regierungsvorlage einen großen Fortschritt bedeutet, mit den nun vom Landsting beschlossenen Änderungen geht wird, dann wird 1. zu den Amsträten ein neues Privilegienwahlrecht der reichsten Leute auf dem Lande eingeführt, 2. das Frauenwahlrecht der Gemeindevorstände eingeschränkt und der Regierung ein Vorkaufsrecht gegenüber den Stadträten, sowie den Amsträten ein Ausübungsrecht gegenüber den Kirchspielräten gegeben, 3. wird die Kommunalverfassung Kopenhagens in der Weise „reformiert“, daß den Konventualen eine Mehrheit im Magistrat gesichert wird und 4. wird das bestehende Wahlrecht eingeschränkt dadurch, daß man es von einem mindestens 21-jährigen Aufenthalt und Steuerleistung in der Kommune abhängig macht, eine Bestimmung, die sich natürlich gegen die Dienstleute und Arbeiterwähler richtet, die ja sehr oft gendigt sind, ihren Wohnort zu wechseln. Das ist der Preis, für den die Gleichheit des kommunalen Wahlrechts, das Frauen- und das Gemeindevahlrecht von 8 Freiwahlberechtigten des Landstings erkaufte werden soll. Mit ihnen haben die „liberalen“ Regierung und ihre Partei den faulen Vergleich geschlossen.

**Das Alters-Pensionsgesetz im französischen Senat.** Das schon vor längerer Zeit von der Kammer votierte Gesetz über die Alterspension für Arbeiter liegt bekanntlich seitdem beim Senat. In diesen Tagen beschloß sich die gewählte Kommission mit dem Projekte, Herr Guibinot berichtete über die Verhandlungen mit den Ministern Clemenceau, Galloux und Viviani. Diese hatten erklärt, daß die Regierung sich diesen Zweck nur 100 Millionen Frank's zur Verfügung stellen könne. Anstatt 120 Frank's Pension, wie die Kammer beschloßen hatte, würde den hierzu berechtigten alten Arbeitern nur 45 Frank's pro Jahr bezahlt werden können. Und auch diese geringfügige Pension würde nur 226 000 Pensionären zugute kommen können. Vielleicht würde aber auch die Summe von 45 Frank's noch vermindert werden durch die Verwaltungskosten usw. Die Kommission beschloß hierauf, die Regierung aufzufordern, ein neues Projekt auszuarbeiten und durch Veröffentlichung dem Volke zu unterbreiten. Die Aussichten für ein Alters-Pensionsgesetz sind jetzt also schlechter denn je. Es ist in der Republik wie in der Monarchie. Für die gewöhnlichen Unternehmen in Kolonialgebieten, für Meer und Marine ist immer Geld in Fülle und Fülle vorhanden, nicht aber für die Kulturaufgaben, die Opfer der Arbeit usw.

**Politikliche Schreckensgeschichten über anarchische Kämpfer.** Aus New York, also etwas weit her, wird gemeldet, daß die anarchische Partei eine unheimliche Tätigkeit entwickelt. Die Partei erhebt ein Komplot, dessen Teilnehmer bekanntlich, eine Bombe auf die New Yorker Börse zu schleudern. Die Anschläge wurden verhaftet. In den Räumen der Straßen in der neuen Stadt findet man jeden Morgen große Pakete, welche zum Aufsteigen der Finanzhäuser von Wallstreet anfordern. Weiter geht es nicht, die Ueberer dieser Pakete zu lassen. Die Polizei stellt Verhütungsmassregeln, um das Leben der Finanzhäuser zu beschützen, die hier denselben Gefahren seitens der Anarchisten ausgesetzt sind, wie die anderen Geschäfte in Europa.















**Stadt-Theater.**

Freitag 7 1/2 Uhr:  
**„Gans Oelling“.**  
 Sonnabend, Anfang 7 Uhr:  
**„Götterdämmerung“.**  
 Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
**„Wilhelm Tell“.**  
 Abends 7 Uhr:  
 Doppelspiel Eva von der Osten:  
**„Wagnou“.**

**Lobe-Theater.**

Freitag 7 1/2 Uhr:  
**„Ein Walgeraum“.**  
 Sonnabend, um 1. Male:  
**„Banne“.**  
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:  
**„Die Geisha“.**  
 Abends 7 1/2 Uhr, zum 2. Male:  
**„Banne“.**

**Thalia-Theater.**

Freitag:  
 1. Vorstellung:  
 Grotte H. A. Fortsetzung:  
**„Der letzte Kante“.**  
 Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:  
**„Der Kaffeebinder“.**  
 Sonnabend, Sonnabend von 10-2 Uhr  
 im Thalia-Theater.

**Schauspielhaus**

Freitag 8 Uhr:  
 zum 25. Male:  
**Der**

**Opernball.**

H. Saccor als Gast.  
 Sonnabend 8 Uhr:  
**„Der Prinzpapa“.**

**Lieblichs Etablissement.**

Das brillante  
**Februar-Programm.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Victoria-Theater**

(Stimmenauer Garten).  
**La Bérat**  
 und das hervorragende  
**Februar-Programm.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Sont an Wochentagen gültig.

**Deutscher Kaiser**

Friedrich-Wilhelmstr. 35.  
 Dir. H. Krausnik.  
 Heute Freitag:  
**Das großartige  
 Nissen-  
 Programm!**  
 Jede Nummer ein  
**Schlager**  
 Morgen Sonnabend:  
**Große  
 Extra-Vorstellung.**  
 Vorzugskarten gültig.

**Möbel, Spiegel.**

**Polsterwaren**  
 in eigener Werkstatt von den besten  
 Materialien gefertigt.

**Kein Abzahlungs-Geschäft**

gemäß über ganz Zahlung.  
**Beste enorm billig.**  
 Kaffeemehl 100 Pfd.  
 Süssmilch 18  
 Zucker mit Kochsalz 00  
 Schmalz 00  
 Butter 45  
 Speiseöl mit Schmalz 25  
 Öl ohne in gutem Stoff 28  
 Rüböl ohne in gutem Stoff 28  
 Rüböl mit Kochsalz 4  
 Cappiche, Zucker, Nüssen,  
**Pflanz, erfill. Fabrikat**  
 mit best. and. Kupfergeschloß am bei  
**F. Pauer, Sandstr. 5.**

**Röst-Kaffee**

Pfd. von 60 A. 78 A. 98 A. bis 189 A.  
 best. Franz-Kaffee 2 Pfd. 11 A.  
 best. weiß. Paris 2 Pfd. 19 A.  
 Süssmilch 00  
 Süss-Rüben 25  
 Ringmilch, neu 35  
 Schmalz-Schmalz 59  
 Erbsen, Bohren, Graupe 12  
 große Rinte 22  
 amst. erfill. Pflanzen 15  
 best. tief. Pflanzen 23  
 feine Margarine 59

**Benno Neumann**

Reich, Friedrich-Wilhelmstr. 32.  
 I. I. Friedrich-Wilhelmstr. 84  
 II. Goldene Rebenstr. 1  
 III. Spandauerstr. 25  
 IV. Berliner Charité 137.

**Hosennäherin**

melde sich Gröblicher, 11, bei, Kisaue  
**Hosennäh.** I. I. m. 4. Tauschstr.  
 Nr. 23, Steintorstr. 24  
 Tüchtige Wäschnäherin sucht außer dem  
 Hause, Anderjenseite 19, Dintich, III.  
 bei Hollmann. 244

**Arbeiter-**

**Garderobe**  
 wie Blusen, Monteur-Jacken, Hosen,  
 Walkjacken und Strickwesten,  
 Berufsbeleidung für alle Branchen  
 billigt nur bei 3445

**H. Silberstein**

Friedrich-Wilhelmstrasse 16/18  
 Ecke Schwertstrasse.  
 Vorzeiger d. Annonce erh. 5% Rab.

**Jede kluge**

**Mutter**  
 gebraucht nicht nur Schriften, die aus dem  
 Eltern-Verkauf Werner Schlegel,  
 Breslau 1, Nikolaistr. 21 geführten  
 D. R. G. Nr. 4, 6, 8, 10, 12 Mk.  
 Verlegung ausgeschlossen.  
 für Damen separat 1. Hg. Der Zeitung.  
 Kaufwärts die freie Nachnahme.  
 Zahlreiche Anerkennungen.

**Parteilgenossen!**

Empfehle 1478  
**Stamm- Seidel,  
 Vereins- Seidel**  
 in grosser Auswahl.  
 Hermann Grütz, Ritter-  
 7 Jahre bei Otto Wölke  
 I. techn. Reakt tätig gewes.

**Ihren Bedarf in**

**Zigarren  
 Wein  
 Drogen  
 Farben**

kaufen Sie nur bei 477

**Franz Gröschel**

Leuthenstraße 60.  
 Kurzegegasse 48.  
 Friedr.-Wilhelmstr. 100.

**Zur Aufklärung!**

Die Schmeißer-Sauer-Bücher sind nicht  
 wie vielfach irrtümlich angenommen wird,  
 als Quack, oder Fälschung für heilige  
 Schriften, sondern zur unparteilichen Aufklärung  
 über den eine Jugend welche weitere Kultur.



General-Depot Alfred Nentschel,  
 Tel. 7003. Dresden I. Seifengasse 7.

**Süssrahm-**

**Margarine**

Marke „Laisa“, von gleichem Ge-  
 schmack wie feine frische Molkerei-  
 butter, ist vollständiger Ersatz für  
 Fischbutter auf Brot etc.

per Pfd. 60 Pf.

**Eigelb-Margarine**

Marke „Frischer Mehl“, bräunt und  
 duftet beim Braten, Kochen und  
 Backen genau wie feine Butter, daher  
 vollkommener Ersatz für Bratbutter

per Pfd. 65 Pf.

**Margarine-Käse**

von gleich hohem Fettgehalt und  
 Geschmack als feinsten vollwertiger  
 Schweizer-Käse 1853

per Pfd. 42 Pf.

**Alleiniger Margarine-Werke**

**Mohr & Co., G. m. b. H.,**  
 Altona-Ottensow, Holstein.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 (Zahlstelle Altmasser).  
 Sonnabend, den 22. Februar 1908  
 im Gasthof zum Eisernen Kreuz  
**Masken-Kränzchen**

maskiert und unmaskiert.  
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende  
 Maskentarten für Herren 60 Pf., für Damen 30 Pf.,  
 unmaskiert 75 95  
 Vorverkauf im Gasthof zum Eisernen Kreuz und beim Kassier. Lige.  
 Es ladet ergebenst ein [750] Das Fest-Komitee.

**Bierquelle Gräben.**

Sonntag,  
 den 23. Februar 1908 **Große Tanzmusik.**  
 Variété-Gesell. Anfang 4 Uhr.  
 Es ladet freundlichst ein [851] Richard Blomer.

**Striesau. Freie Religionsgemeinde.**

**Versammlung** Sonntag, d. 23. Februar, nachm. 3 Uhr  
 im „Fürst Bismarck“. 866  
 Jahresbericht. Kassenbericht. Der Vorstand.

**Konsumverein für Plessnitz und Umgegend**

G. G. m. b. G. 852  
 Lager 1: Mühlenstr. 8. — Lager 2: N. Carthausstr. 65.  
 Montag, den 2. März, abends 8 Uhr,  
 im Gewerkschaftshaus „Hinterbleiche“:

**Ordentl. General-Versammlung.**

Zugordnung: 1. Geschäftsbericht für Oktober-Dezember. 2. Ergänzungswahl  
 für den Aufsichtsrat. 3. Verschiedenes.  
 Anträge der Mitglieder sind rechtzeitig an den Unterzeichneten einzureichen (§§ 22  
 und 42 des Statuts). Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen  
 Vorzeigung der Legitimationskarte gestattet.  
 Der Aufsichtsrat d. Konsumvereins f. Plessnitz u. Umgegend G. G. m. b. G.  
 P. Jaensch, Vorsitzender.

**Die Mutter  
 als Erzieherin**

Kleine Beiträge zur Praxis der  
 proletarischen Hauserziehung von  
**Heinrich Schulz**

Die kartonierte Ausgabe kostet 50 Pfennige  
 Die Ausgabe im Geschenkeinband 75  
 Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswehr“.

**Weizenmehl (Marke grün)**

Fund 17 Pfd. 846  
 Teilsort  
**Sauerkraut**  
 Fund 6 Pfd.  
 Feinstmährischer Röst-Kaffee  
 Fund 50, 90 Pfd., 1.-, 1.80 Pfd.  
**Zigarren u. Zigaretten**  
 vorzügliche Qualität  
 empfiehlt  
**Benedikt Jaschke,**  
 Polierstr. 61. Ecke Friedrichstr.

**Fleisch billiger!**

Halbfleisch 70 u. 80 Pfd.  
 Schweinefleisch 65 Pfd. p. Pfd.  
**Josef Metzner,**  
 Fleischer- und Würstfabrik  
 Altona-Str., Ecke Postenstr.

**Herm. Barth**

Gräbnerstraße 12  
 Adalbertstraße 2.

**Liederbuch**

von Max Kogel.  
 Preis 40 Pfg.

**Konfirmations-  
 Anzüge**

Gute Verarbeitung. — Grosse Auswahl.  
 Jede Preislage.

Für die  
**Frühjahrs-Saison**

sind die neuesten Muster in  
**fertiger Herren- u.  
 Knaben-Garderobe**

bereits am Lager. 848

**Grosses Stofflager**

zur  
**Massanfertigung.**

**Eduard Proskauer Nf.**

Inh.: Karl Dehmel u. Josef König  
 Schmiedebrücke No. 66, ptr., I., II. u. III. Etg.  
 Prämiert. — Anerkennungen.

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von  
**Schuhwaren**  
 in  
 Herren-, Damen- und Kinderstiefeln  
 zu staunend billigen Preisen.  
**Martha Christmann,**  
 36. Scheitnigerstr. 36.  
 Bitte genaue auf Firma zu achten.

**A. Franz Nachf. H. Wiersing**

Messergasse 1, am Neumarkt.  
**Größtes Theater- und Masken-  
 Garderoben-Verleih-Institut.**  
 Große Auswahl in Quadrillen-, historischer und  
 Festungs-Kostümen. 6353  
**Neu-Anfertigungen prompt und billigst.**  
 Theaterbühne teilweise zur Verfügung.  
 Telefon 7996.

**Zu billigsten Preisen**

kauft man das eleganteste und haltbarste  
**Schuhwerk.** bei denkbar größter  
 Auswahl in  
 Konfirmations-, Kinder-, Strands- und Zeugschuhen, sowie Holz-  
 und andere Pantoffeln zu streng realen Preisen nur bei  
**Robert Kretschmer, Schuhmacherstr.**  
 Friedrich-Wilhelmstraße 52, gegenüber der Friedrich-Karlstr.

**Aufsehend erregend billige Preise.**

**Massen-Ausverkauf.**

**Bücher, Inletts, Gardinen,**

**Wachstuch, Gardende, Flanelle, Hemden,**

**Schürzen, Blusen, Arbeiter-Konfektion,**

**Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder**

**Dittmar Hamburger,**

Friedrich-Wilhelmstrasse 88. 357

**Nur noch kurze Zeit**

**totale Ausverkauf**

des vom Konkursverwalter erworbenen Schuhwarenlagers  
 — aus der Konkursmasse von **Adolf Blasche** —

nur **Neue Graupen-Strasse Nr. 8.**

Beile sich jeder, der noch seinen Bedarf spottbillig decken will. Der Herstellungspreis wird nicht beachtet,  
 sondern es wird zu außergewöhnlichen Spottpreisen ausverkauft. — Vorhanden sind noch:

**Herren-Zug- u. Schnürstiefel, Damenstiefel, Hausschuhe,  
 Filzschuhe, Kinder-Stiefel, Konfirmanten-Stiefel, Spangen-**

**Es wird nichts ergänzt. schuhe, Halbschuhe usw. Es wird nichts ergänzt.**

**Günstigste Gelegenheit für Wiederverkäufer!**

Die Laden-Einrichtung ist im ganzen oder geteilt zu verkaufen. 850

**Leo Nellhaus.**



## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Donnerstag, den 20. Februar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kraetzle, Dr. Nieberding.

Nachdem bei der zweiten Lesung des Telefunken-Gesetzes Abg. Frank (Soz.) bedauert hat, daß die Kommission der sozialdemokratischen Anregung auf Regelung der Gebühren im Rahmen des Gesetzes keine Folge gegeben habe, und das Gesetz sodann angenommen worden ist, wird in der zweiten Lesung des Justizetats fortgefahren, zu welchem inzwischen eine neue Resolution Blas (Fr. Vpt.) eingegangen ist, welche das Recht der Zeugnisverweigerung für Reichs- und Landtags-abgeordnete verlangt und gerichtliche und sonstige Untersuchung in Parlamentsgebäuden nur mit Zustimmung der betreffenden Körperschaft resp. ihres Präsidenten zulassen will.

Abg. Roth (Wirtsch. Vgg.) stimmt der Regelung der Tarifgemeinschaften und den Väten für Schöffen und Geschworenen zu, vermischt aber Sondergerichte für Landarbeiter, besondere Jugendgerichte und das Recht der Zeugnisverweigerung für Parlamentarier und Journalisten. Außerdem bedauert er, daß die Reform der Strafprozessordnung nicht vom Fleck will. (Bravo! b. d. Wirtsch. Vgg.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Entwurf der neuen Strafprozessordnung wird hoffentlich bald dem Bundesrat zugehen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Väten für Schöffen und Geschworene geregelt werden.

Abg. Dove (Fr. Vgg.): Die Zivilprozessordnung muß gründlich reformiert werden. Wir wünschen keine neuen Sondergerichte, aber stärkere, doch nicht zu weit gehende Peranziehung der Väten zur Rechtsprechung. Ich freue mich, daß auch Herr Stadthagen mit dem Vorwurf bewußter Rechtsbeugung neuer Gerichte erhoben hat. Dana hätte er aber auch nicht zu sehr angefallen die Verallgemeinerung Väten, zumal die Verichterstattung in den Zeitungen vielfach tendenziös ist. (Zust. b. d. Fr. Vgg.) Redner erzählt ausführlich, wieviel Schwierigkeit es gemacht hat, daß ein Irrtümlich auf einen Mädchennamen eingetragener Junge endlich zu einem Knabennamen gelangt sei. (Gr. Pitt.) Es ist nicht nötig, die Einführung der Väten für Schöffen und Geschworene aufzuheben. Der überwiegende Teil meiner Freunde lehnt die Resolution Liebert auf faktitative Einführung der Exportation ab, während wir der Resolution Baffermann, betreffend Jugendgerichte, und der Resolution Brunstermann, betreffend Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige, zustimmen. (Weil. b. d. Fr. Vgg.)

Abg. Bruhn (Vnt.) feiert den „schneidigen“ Oberstaatsanwalt Hienbiel und ruft nach strenger Bestrafung des sozialdemokratischen Boykotts.

Abg. Seyha (Vnt.): Das Reichsjustizamt durfte es nicht ablehnen, auf die vom Abg. Stadthagen erwähnte Verfügung des preussischen Ministers des Innern über die ausländischen Arbeiter einzugehen. (Sehr wahr! b. d. Polen und den Soz.) Das Reichsjustizamt sollte der Güter der Reichsverfassung sein. Ueber die Art und Weise, wie die preussische Regierung die Reichsangelegenheit achtet, ist die Entgegnungsvorlage ein klassisches Beispiel. (Sehr wahr! b. d. Polen, im Fr. und links.) Redner wendet sich, durch unangenehm laute Privatgespräche der Redner wiederholt gestört, scharf gegen die Einführung der Väterstrafe und weist nach, daß die Ueberfüllung der Schulen des Ostens und die Sprachverschiedenheit zwischen Lehrern und Schülern nicht ohne Einfluß auf die beklagte Kriminalität der Jugendlichen sei. (Sehr wahr! b. d. Polen und den Soz.) Wir stimmen allen eingebrachten Resolutionen bei, mit Ausnahme jener, die den Namen v. Liebert trägt. Der Name sagt genug uns schon. (Sehr wahr! bei den Polen und den Sozialdem.) Von Herrn Liebert stammt das Wort: Macht geht vor Recht. (Hört! hört! b. d. Pol. u. links.) Wir sind entschiedene Gegner der Exportation. Hier ist viel von Klassenjustiz die Rede gewesen. Wir sind mit Herrn Stadthagen der Meinung, daß keine bewußte Rechtsbeugung vorliegt, aber die objektive Unfähigkeit, fremde Gedankengänge zu begreifen. Im Osten wird die Klassenjustiz zur Klassenjustiz. (Sehr wahr! b. d. Polen.) Seit langer Zeit stellt man in den Provinzen polnischer Zunge keine Väter mehr als Richter an: dafür überbringt man den Richterstand mit Fakultäten. Dann darf man sich nicht wundern, daß ein Gericht ein amtliches Schriftstück adressiert: An den großpolnischen Agitatator (Santes Hört! hört! b. d. Pol. u. links) und daß ein Amtsrichter in Mogilno zur Uebersetzung des polnischen Urteils auffordert (Hört! hört! bei den Polen u. d. Soz.). Die preussische Regierung trifft der Vorwurf, die Politik in den Verhältnissen hineingetragen zu haben. Selbst die Vormundschaftsrichter gebrauchen ihr Amt zu politischen Zwecken. Einer Mutter wurde das Erziehungsrecht genommen, weil ihr

Mann polnischer Kattator gewesen sei. (Sehr. Hört! hört! b. d. Pol. u. d. Soz.). Es ist schlecht bestellt in einem Staate, wo die Justiz sich zur Politik erniedrigt. (Weil. Bravo! bei den Polen.) Staatssekretär Dr. Nieberding: In preussischen Angelegenheiten ist das Reich nicht zuständig. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Varenhorr (Vnt.) freut sich über die Erklärungen des Staatssekretärs, verlangt Strafverhandlung gegen Notand und bekräftigt entschieden, ein Richter zu sein. Er sei vielmehr ein Gemüthsheiliger (Große Freier.)

Staatssekretär Dr. Nieberding bezeichnet eine Reform der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige als notwendig.

Abg. Baffermann (Vnt.) beantragt eingehend seine Resolution über Strafverfahren und Strafvollzug gegen jugendliche Personen. Durch die Auflösung der Familie infolge des Hinmordens der Frau in das Gmüthleben ist die Kriminalität der Jugend bedenklich gestiegen. Es würde sich empfehlen, die Materie durch ein besonderes Gesetz zu regeln.

Staatssekretär Dr. Nieberding ist auf Grund sorgfältiger Erwägung zu dem Resultat gelangt, daß die Regelung der vom Vordred besprochenen Materie sich am besten im Rahmen der allgemeinen Strafprozessreform bewerkstelligen lasse.

Abg. Frh. v. Walschan (Kon.) bringt den Fall der Fürstin in Rede zur Sprache und tadelt, daß die Fürstin nur in einem Privatstadium, nicht in einer öffentlichen Anstalt auf ihren Geisteszustand untersucht worden sei. Freilich ist die Fürstin bei Begehung der Diebstähle geistig krank gewesen, das verschweigen die Kritiker, die im Lande mit der Fall herumhauseren. Vor der Art dieser Agitation hat uns ja gestern der aus dem Anstaltsstand ausgeschlossene Herr Stadthagen (Bravo rechts, Unruhe b. d. Soz.) eine Probe gegeben.

Die Fürstin Werdner war gewiß nicht zurechnungsfähig, sonst aber dehnt man den Begriff der Unzurechnungsfähigkeit in einer das Rechtsbewußtsein des Volkes verletzenden Weise aus. Ich erinnere an den Allensteiner Fall. — Früher hieß es ein Kerl hat seine Frau geprügelt, jetzt heißt es, der Unglückliche ist ein Sadist. (Weilrecht.)

Nach weiteren Bemerkungen eines mecklenburgischen Geheimrats und des Staatssekretärs Dr. Nieberding wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Außerhalb: Volkswachtgesetz. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Partei-Angelegenheiten.

Aus dem Lebensgange Karl Meiß's erzählt der „Vorwärts“ folgende Einzelheiten: Karl Meiß wurde am 12. Dezember 1856 in Teuch bei Kölln geboren, ein Proletariatskind. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er die Tischlerei, ging einige Jahre auf die Wanderschaft und kehrte dann nach Teuch zurück. Schon als Jüngling hatte er sich mit den grundlegenden Lehren des Sozialismus vertraut gemacht und sie in seinen Kreisen weiter verbreitet. In der königlichen Artilleriemerkantil, wo er beschäftigt war, wurde man bald auf ihn aufmerksam. Die Magdalenen wegen sozialdemokratischer „Literatur“ war die Folge. Es gelang ihm, bei einem gestimmungsverwandten Kleinrentner unterzukommen. So wurde es ihm möglich, die Agitation für die Partei offener zu betreiben. Über auch der gewerkschaftlichen Agitation müdete er seine wertvolle Kraft in einer Zeit, wo die Bekehrung dieses Feldes erst spärliche Früchte zeitigte. Schon im Sommer 1882 stand er mit an der Spitze des neugegründeten Gewerkschaftsvereins der Tischler und im gleichen Jahre trat er als Referent in einer öffentlichen Tischlerversammlung in Düsseldorf mit durchschlagendem Erfolg für die Gründung eines solchen Kampfbundes auch in dieser Stadt ein. Als solchen Weihnachten und Neujahr 1883 von dem wenige Tage vor ihm verstorbenen Genossen Kloss der erste deutsche Tischlerkongress nach Mainz einberufen und die erste gewerkschaftliche Zentralorganisation unter dem Sozialistenagitatoren geschaffen wurde, war Karl Meiß als Vertreter des Kölner Vereins mit dabei. In der ersten Zeit nahm er an allen Generalversammlungen der von ihm mitbegründeten Organisation teil; zu ihren Mitgliedern hat er, obgleich er den Tischlerberuf seit nunmehr 20 Jahren ausgeübt hat, bis zu seinem Tode gehört. Auch um die Gründung der Tischlerrentnerkassen hat sich Meiß große Verdienste erworben.

Die Reichstagswahlkampagne 1884 sah Meiß schon in den ersten Reihen. Er war am Niederrhein eifrig tätig. In einer großen Versammlung im Güzernich zu Köln, in welcher der verstorbene Genosse Kasper sprach, nahm er nach diesem das Wort zu einer feurigen Ansprache, wodurch er seinen Ruf als Redner mit einem Schlag begründete. Im folgenden Jahre gab er seinen Beruf als Schreiner auf, nachdem er zuvor noch eine Agitationsreise für den Holzarbeiterverband gemacht

hatte. Er wurde Holzarbeiter, um größere Freiheit bei seiner Arbeit für die Arbeiterbewegung zu haben. Im Jahre 1898 wurde er vom Kreis Rheinisch-Bonner-Meistmann in den Reichstag gewählt; seine Wahl jedoch 1898 für ungültig erklärt. Durch die Schuld der Verwaltungsgewalt war der Wahlkreis falsch abgegrenzt worden. 1903 wurde Meiß wiedergewählt. Bei den Wahlen des Januar 1907 aber unterlag er. Der „nationale“ Block nahm ihm mit geringer Mehrheit das Mandat ab, das der freisinnige Regierungskandidat Eichhoff erhielt. Bekanntlich hat dieser doppelgewählte das Mandat für Lennepe-Meistmann angenommen, obgleich er damit seinen Wählern in Mühlhausen-Langerhagen das gegebene Wort brach. Die Furcht, daß in Lennepe-Meistmann in der Nachwahl die Sozialdemokratie wieder siegen würde, war in Herrn Eichhoff größer als die Rücksicht auf das gegebene Versprechen. So war es Karl Meiß verwehrt, noch einmal um das Mandat zu kämpfen.

Ein neues Parteiblatt. Die Genossen im Wahlkreis Bonn-Rhein-Sieg haben sich schon seit Jahren mit dem Gedanken, für den Wahlkreis ein eigenes Organ zu gründen. Nunmehr hat sich eine Sitzung der in Betracht kommenden Parteiorganisationen im Prinzip mit einer solchen Gründung einverstanden erklärt. Näheres wird später erfolgen. Über wurde im Kreis die „Frankische Volkstimme“, das Organ für die Kreise Ober- und Unterkranken, ein Prospekt der „Frankischen Volkstimme“ geleitet.

Julius Giesche, der alte Verkäufer des marxistischen Blattes der Sozialdemokratie in Frankreich, hat das Land verlassen in der Absicht, sich ein Jahr lang von jeder politischen Tätigkeit fern zu halten. Das Leben, gegen das er seit Jahren ankämpft, hat sich in letzter Zeit derart verschlimmert, daß seine Kräfte und Gesundheit ihm diese lange Ruhezeit ernstlich ansatz machten, in der Ueberzeugung, daß er erst dadurch seine stark erschütterten Kräfte wieder gewinnen und nachher wieder ganz in den Dienst der Bewegung treten könnte. Die Redaktion des von ihm geleiteten Wochenblattes „Sozialismus“ übernimmt einweisen Genosse Drake.

## Arbeiterbewegung.

Ein Streit der Berliner Ristenmacher in Sicht. Von der Vereinigung der Ristenfabrikanten für Berlin um Umgebung ist ein neuer Tarif vorgelegt worden, der die bisherigen Väter herabsetzt und eine Verlängerung der Arbeitszeit vorseht. Die im Holzarbeiterverband organisierten Ristenmacher und Ristenfabrikanten wollen die Einführung dieses Tarifs unter Umständen durch einen Streik verhindern.

Die Schlosser, Schmiede, Schiffszimmerer, Holzarbeiter und Hilfsarbeiter auf den Werften in Lauenburg an der Elbe bränden sich seit dem 7. d. M. im Streit. Inzug aus allen Branchen ist streik ferngehalten.

Der Metallarbeiterstreik bei der Firma Jul. Thumann in Korb ist nach 5 1/2 wöchentlicher Dauer durch Vergleich beendet. Die von den Arbeitern gewünschten Änderungen, wie Regelung der Überstunden, Ansbang der Arbeiterpreise in der Werkstatt, den Verhältnissen entsprechende Wäscheeinrichtung und genügende Kleiderpreise, sollen erfüllt werden.

Der Streik der Bodenleger am Gesangsneubau in Altona (Oberbayern) hat mit einem Siege der Arbeiter geendet.

Streik der Schiffverlader. Da wegen Lohn-differenzen die Schiffverlader in Vödenbach und Schönbrunn streiken ist der Elbischiffahrtverkehr stark behindert. Insbesondere ruht der Kohlenexport nach Sachsen vollständig.

Stillelegung der Diamant-Industrie in Amsterdam. Der niederländische Diamantarbeiter-Bund hielt eine von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung ab, in der der Vorstand den Beschlag machte, die Arbeit auf eigene Rechnung bei unkontrollierten Abgaben zu verbieten. Etwa 1200 Personen werden von dieser Maßregel betroffen, die von der großen Mehrheit der Versammlung angefochten wurde. Das bedeutet die nahezu vollständige Stilllegung der Diamant-Industrie in Amsterdam.

Vom Kongress der amerikanischen Kohlenräuber, der kürzlich in Indianapolis stattfand, ist noch einiges nachzutragen: John Mitchell, der bisherige Präsident, tritt krankheitsbedingt von seinem Posten zurück. Es war der Antrag gestellt, ein ansehnlich des Verbandes stehendes Bureau zu gründen, das sich mit sozialpolitischen Arbeiten den Bergbau betreffend und mit Aufklärungspropaganda beschäftigen und dessen Chef Mitchell werden sollte. Er lehnte diesen Posten ab, ebenso erklärte er, ein ihm zugesagtes Gehalt von 120.000 Mk. nicht annehmen zu wollen. Darauf beschloß der Kongress, ihm sein Gehalt sechs Monate weiter zu zahlen, sowie die Abrechnung ihm zu begleichen. Man spricht davon, daß Mitchell in Staatsdienste übertritt werde. Es soll ein

## Aus aller Welt.

Das Allensteiner Drama. Hauptmann v. Goeben wird, wie die „Allensteiner Zeitung“ hört, noch in dieser Woche von der Jernanfalli Koran wieder nach dem Allensteiner Militärgefängnis übergeführt werden. Offensichtlich hat sonach die ärztliche Untersuchung keinen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß v. Goeben geistig minderwertig sei. Wie daselbe Blatt ferner meldet, wird auf Veranlassung von v. Goeben ansehender Seite dieser auf seinen Gesundheitszustand nochmals untersucht werden und zwar durch den Münchener Nervenarzt Dr. Freiherrn v. Schrenk-Roßing, der zu diesem Zwecke kommenden Montag in Allenstein eintreffen gedenkt. Auch im militärischen Antrage wird eine nochmalige Untersuchung v. Goebens stattfinden und zwar durch den Gerichtsarzt Dr. Pappe (Königsberg). Wie das genannte Blatt schließlich noch vermerkt, ist Frau Major v. Schönerbecker tatsächlich geisteskrank.

Ein Erdbeben in Wien. Mittwochs Nachts zwischen 40 und 11 Uhr geriet ganz Wien durch ein Erdbeben, das nicht nur deutlich wahrgenommen wurde, sondern zumal in den oberen Stockwerken der Häuser die Einrichtungsgegenstände tüchtig durcheinander rüttelte, in Aufregung. Das Erdbeben erfolgte um 10 Uhr 17 Minuten Nachts und währte nicht länger als zwei bis drei Sekunden. Viele Leute wollten zwei rasch aufeinanderfolgende Stöße verspürt haben, die belläufig von Südwest nach Nordost verliefen. Zur Stunde liegen noch keine Nachrichten aus den Orten an der Südbahnstrecke vor, es ist aber wahrscheinlich, daß das Beben seinen Ausgangspunkt in der Gegend von Wiener-Neustadt nahm und in Wien bloß noch als Ausläufer eines heftigeren Erdbebens ankam, der die Wiederholung des Wiener-Neustädter-Erdbebens zumal in der Gegend des niederösterreichischen Erdbebenherdes am Abfall der hohen Wand stark erschütterte. Es läßt sich dies schon daraus schließen, daß nach dem bereits aus Köggersdorf eingelaufenen Meldungen dort das Beben noch weit stärker verspürt wurde als in Wien. Doch auch hier verursachte der Erdstoß nicht wenig Aufregung, die noch bis nach Mitternacht nachhallte. In einigen Kaffeehäusern und Restaurants hieß das Erdbeben unheimlich, in anderen wurde es zwar beobachtet, erregte aber keinen Schrecken. Dagegen erzählten in den oberen Stockwerken die Wände, die Einrichtungsgegenstände gerieten ins Wanken, die Fenster klirren und die Fußböden schwanken wie ein Schiff. Viele Leute gerieten in Angst und verließen die Wohnung. Manche wurden aus den Betten aufgeschreckt. Leute, die eben die Treppe hinaufstiegen, hatten das Gefühl, daß die Stufen einsinken, und verloren das Gleichgewicht. Eine höfliche Stunde hatten die Telefonämter, denn plötzlich wurden die Fernsprecheinrichtungen beständig wie sonst nur in den Vormittagsstunden und die ersten Tele-

phonämern waren außerstande, den vielen Anrufen nachzukommen.

Jedem einen größeren Schaden schied in Wien das Erdbeben nicht angedacht und auch niemanden in körperliche Gefahr gebracht zu haben. Wenigstens hatte die Freiwillige Rettungsgesellschaft keinen Anlaß einzusetzen.

Die Verlen der Grafen. Der Verlen diebstahl gestaltet sich rätselhaft. Die Verlen der Grafen Wartenleben konnten noch immer nicht gefunden werden. Die Vermutung, daß der Ehemann der Frau Steger an dem Diebstahl beteiligt sei und die in Seifenlappen und Augenlider gewickelten Ketten in Empfang genommen habe, behält sich nicht. Auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei wurden in Frankfurt a. M. Nachforschungen angestellt. Der Mann ward vernommen und hat einen unerschütterlichen Alibi bewiesen, wonach er am Tage des Diebstahls und auch an den Tagen vorher Frankfurt nicht verlassen hat.

Wie es auf Bannerschützen hergeht. Im Dorfe Arenimswalde bei Aldamm in Pommeren fand dieser Tage eine große Bannerschützenfeier statt, die zwei Tage lang gefeiert wurde und an der etwa 200 Hochzeitsgäste teilnahmen. Zur Bewirtung hatte man ein Hund, drei tote Schweine, zwei fette Kälber, 70 Suppenkücher und gegen zwei Zentner Fische geschlachtet. Bier, Rotwein, Branntwein und zwei Zentner Roggenmehl wurden an Kuchen, Torten und Brot verpackt. Zur Stillung des Durstes wurden fünf Tonnen Bier, 800 Flaschen Wein und Sekt und gegen 500 Flaschen Selters und Pilsner ausgeschenkt.

Ein Millionenraub gehoben. Aus Kommer-Bodolst wird gemeldet, daß in einem Steindach bei Koblomka ein in dreizehn Tönnchen verpackter Schatz von Goldmünzen aufgefunden wurde, dessen Wert auf anderthalb Millionen Rubel geschätzt wird.

Ein Pariser Ballon in Baden gelandet. Die Landung eines großen Pariser Luftballons erfolgte Mittwoch zwischen Almannsweiler und Ottenheim in Baden. Im Korbe befanden sich vier Flugländer, die am Abend zuvor in Paris aufgestiegen waren. Die Landung ging ziemlich glatt vonstatten, doch wurde die Ballonhülle bei der Verührung mit der Erde leicht beschädigt. Das Schleppseil war in den Wipfeln der Obstbäume hängen geblieben. So daß die Luftschiffer bequem anschnellen konnten. Nachdem der Ballon vom Gas entleert worden war, traten die vier Herren mit der wohlverpackten Hülle über Straßburg i. E. bis Karlsruhe nach Paris an.

Gewissenhafte Selbstmörderin. Von einer rätselhaften Selbstmörderin wird aus Segberg berichtet: Ein Selbstmörderin unter eigenartigen Umständen wurde dort während der Nachtzeit angetroffen; die Leichname, eine dort ansässige Dame, hatte an ihre Haustür die Worte geschrieben: „Gewissenlos, sofort Polizei holen“. Nachdem man sich an demselben Eingang

in das Haus verhaftet hatte, entdeckte man an der Wohnungstür die weitere Kreideaufschrift: „Kein Licht machen, Gasablässe sind geöffnet“. Beim Eindringen in das Zimmer wurde die Dame bereits bewusstlos aufgefunden, doch hatten die Ärzte, sie am Leben erhalten zu können.

Lebendig begraben. Das Bezirksgericht in Mainz hat jetzt über folgenden, in seinen Einzelheiten furchtbaren Prozeß entschieden. Ein Bauernhause hielt einen Geistkranken für einen Spion, band ihn mit den Füßen an einen Bierdeckel und schleifte den Unglücklichen sechs Kilometer weit nach dem nächsten Kreis, wo er noch lebendig begraben wurde. Drei Jahre nachher an diesem Verbrechen wurden zu lebenslänglicher, zwei zu fünfjährigen Jahren und einer zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Der Bürgermeister erschossen. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Madrid, daß eine Anzahl dermaßen unter Wägen in das Rathaus von Daimiel in der Provinz Ciudad Real eindrang, während der Stadtrat eine Sitzung hielt. Die Eindringlinge erschossen den Bürgermeister. Es entstand eine heillose Verwirrung, während deren die Wörder entliefen.

300.000 Kronen Depotselber unterschlagen. Es Brog wird gemeldet: In Deutsch-Brod wurde der Notar Johann Sabel wegen Unterschlagung von Depotselber seiner Klienten im Höhe von 300.000 Kronen verhaftet.

Die kleinste Republik der Welt ist jetzt neben der kleinsten Monarchie, dem Fürstentum Lichtenstein, festgestellt worden. Sie liegt in der Schweiz an der Dent du Midi, im Kanton Valais. Es ist eine Alp, die niemandem gehört, im Sommer von Schweizer Bergarbeitern und Sommergästen besucht wird, die zusammen eine freie Republik ohne Polizei und Gemeindefunktionen bilden. Ein Hotel und ein Schulhaus befinden sich auf der Alp. In einer der letzten Sitzungen des Großen Rats von Valais ist wieder einmal verhandelt worden, einen Besitzanspruch auf die Alp zu beweisen, aber der Beweis ist nur gelungen bis zum Jahre 1794, wo die Alp noch der Untertanen St. Moritz gehörte, von der jetzt niemand weiß etwas mehr.

Wien zweimillionenstark. Für zweimillionenstark ist im vergangenen Monat Januar die Stadt Wien geworden. Sie zählt nach einer Feststellung des Wiener Magistrats am 1. Januar 1908 1.999.919 Einwohner. Da die tägliche Durchschnittszahl von Wien etwa 112 Personen beträgt, so ist die zweite Milliarde der österreichischen Hauptstadt vom 1. auf den 2. Januar d. J. erreicht worden. Außer Wien gibt es auf Erden noch fünf Großstädte mit über mehr als 2 Millionen Einwohnern, nämlich London, Paris, Chicago, Berlin und New York.



besonderes Vergütungsamt errichtet werden, als dessen Chef Mitchell vorgeschlagen sein soll. An seine Stelle ist der bisherige Vizepräsident Lewis gewählt worden.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Februar.

#### Geschichtskalender.

- 1783 George Washington in Westmoreland
- 1786 Vorbringen kommt an Frankreich.
- 1787 Revolution in Frankreich.
- 1788 Arthur Schopenhauer, Philosoph, in Danzig.
- 1810 Chopin, Komponist, bei Warschau.
- 1857 Pfister O. Ders in Hamburg.

#### Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Ein Ueberblick über die Verhandlungen des Breslauer Stadtparlaments finden unsere Leser an der Spitze des Blattes, wir lassen deshalb an dieser Stelle den Bericht über die einzelnen Reden folgen:

##### Stadtvorordneter Reich:

Es ist meine Ueberzeugung, daß Kollege Dettinger, der Staatsreferent, nur aus sachlichen Gründen die Frage der Fortbildungsschulen und der Mittelschule besprochen hat. Nach meiner Meinung ist es in der Tat nicht möglich, daß schon jetzt, nach einem Jahre, die Kindererblichkeit sich vermindern konnte. Denn daß ein großer Teil, etwa zur Hälfte, der Kinder, mit der Oberbürgermeister sagte, mit Milch versorgt worden ist, ist nicht richtig; wir sind weit davon entfernt. Der Nutzen der Mittelschule ist gar nicht zu bestreiten. Geben Sie in die Sprechstunde derselben und sehen Sie sich die Kinder an; Sie werden dann bemerken, wie die Kinder zunehmen. Es ist auch nicht wahr, daß die Frauen durch die Mittelschule vom Stillen abgehalten werden. Aus Hamburg und Berlin haben wir über Mittelschulen erfreuliche Nachrichten. Professor Czerny hat nur gesagt, daß die Mittelschulen allein nicht viel ausrichten und beweisen. Es muß auch eine ärztliche Beratung der Mutter bestehen; und das haben wir in Breslau. Professor Czerny sagt weiter, daß in Breslau die Mittelschulen eine Notwendigkeit sind. Die jetzt allein bestehende reicht nicht aus; sie ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Im Auftrage des Herrn Dettinger habe ich zu erklären, daß er nicht gegen die Mittelschule ist. Was die kaufmännische Fortbildungsschule anbelangt, so hatte Herr Dettinger recht mit seiner Behauptung, daß in den Kreisen der Kaufleute gegen sie eine Abneigung besteht. In meiner Freude hat Herr Stadtrat Trentin erklärt, daß für kaufmännische Mädchen-Fortbildungsschulen recht bald auch etwas getan werden soll. In jedem Falle müßte man dafür sorgen, daß die Handelskammer der kaufmännischen Fortbildungsschule gegenüber ein größeres Entgegenkommen darbringt. Die Handwerkerchule ist sicher auch mit Uebeln belastet, die zum Verfall beitragen und die Lehrer den Mut verlieren lassen. Diese Schule muß ein neues Haus bekommen; man soll dafür nicht zurückweichen. Wir stehen alle unter dem Zeichen der Sparjamkeit; aber ich erinnere an die Worte des Oberbürgermeisters, der da sagte, daß Kulturaufgaben nicht leben sollen. (Bravo!)

##### Stadtvorordneter Stein:

Zunächst möchte ich darum ersuchen, daß der Staatsauschub Aufklärung gibt darüber, wie es möglich ist, beim Steuerbring-System 37.000 Mark zu ersparen; ich kann das nicht einsehen. Bei dieser Gelegenheit will ich den Magistrat bitten, seine Euren anzudeuten, daß bei Mahnungen nicht solche Ausführungen gemacht werden wie in folgendem Falle. Der Vater eines Mädchens bezahlt nicht rechtzeitig das Schulgeld; er wird nun zur Zahlung aufgefordert mit dem Bemerkten, daß widrigenfalls unverzüglich zur Pfändung der Sachen wird und die Entlassung der Schülerin verweigert werden müßte. Mit derartigen Verfügungen redet man dem Steuerbring-System nicht das Wort und es wäre besser, einen anderen Ton anzuschlagen. Ich glaube, daß es nur dieser Artung bedarf, um in Zukunft Derartiges zu vermeiden. Den Etat für den Hafen habe ich etwas kritisch gefunden insofern, als die Einnahme vielleicht mehr als zulässig erhöht worden ist; ebenso finde ich die Einnahme bei der Straßbahn zu hoch, nachdem die Straßbahn nach dem Christophorplatz zur Abrechnung gelangt ist. Auf der Klosterstraße ist, so weit die Beleuchtung in Frage kommt, alles sehr dunkel, und ich bitte deshalb um mehr Licht. Die Mädchen-Mittelschulen lassen in ihrer Klassenorganisation zu wünschen übrig, auch die Unterbringung in Mietsräumen auf der Trinitasstraße ist zu beklagen. Die Handwerkerchule darf nicht vernachlässigt werden. Wir sind dazu berufen, gerade einen tüchtigen Handwerkerstand heranzubilden und hoffe, daß wir recht bald eine Verlage für den Bau der neuen Handwerkerchule bekommen, der man hoffentlich allseitig zustimmt. Den Betrag von 480.000 Mark zur Erweiterung der Trenn-Anstalt bitte ich abzusehen, da eine Notwendigkeit hierfür nicht besteht, zumal wir das Recht haben, Kranke der Provinzial-Trennanstalt zu einem Preise zu überweisen, der in unserer eigenen Anstalt weit übersteigt. Dann komme ich zu der Frage, die Ihnen nicht so angenehm sein wird, zur Beamtenbesoldung. Es ist richtig, daß die Kantonsinspektoren besoldet werden; daneben aber nur die Bureauvorsteher, die über 5000 Mark beziehen. Dann bitte ich um Anrechnung der Militärzeit bei den Militärämtern, was in anderen Städten zum Teil der Fall ist. Die Magistratsbeamten sind im übrigen gar nicht so gut bezahlt, als man annimmt; der Staat zahlt höhere Gehälter, wozu noch kommt, daß diese auch Wohnungszuschuß bekommen.

##### Kämmerer Matthes:

Daß wir die jetzigen Gehälter zahlen, liegt mehr an der Stadtvorordneten-Versammlung, als am Magistrat, dessen entsprechende Besoldungen Genehmigung fanden. Dann findet sich im Etat keine Stelle, welche für eine Erweiterung unseres Trenn-Anstalt 480.000 Mark verlangt; möglich ist allerdings, daß dies im übernächsten Etat kommt. Die Ausführungen des Stadts. Stein über die Hafenverwaltung und die Straßbahn sind mir sehr freundlich; die von ihm bezeichneten Einnahmeveränderungen sind durchaus gerechtfertigt und muß es Herrn Stein überlassen, ihre Streichungen zu beantragen. Der Betrag für die Ersparnis von 37.000 Mark durch das Steuerbring-System liegt im Staatsauschub schwarz auf weiß vor; wir können also mit dieser Art der Steuererhebung durchaus zufrieden sein. Die Mahnung wegen des Schulgeldes in dem von Herrn Stein. Stein angeführten Falle ist die in allen ähnlichen Fällen übliche. Wird das Schulgeld nicht gezahlt, so bekommt das Kind einen Zettel wegen Zahlung. Nicht das Kind, so geht nachmals ein kostenloser Mahnbrief ab, in welchem allerdings der gezogene Passus steht. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, er würde fallen. Aber was erreichen wir damit? Jeder muß auch bei uns mit böswilligen Schuldnern gerechnet werden, mit welchen wir nicht viel Hebelwerk machen können, besonders wenn man bedenkt, daß wir im vorigen Jahre 700 solcher Mahnungen ertönen mußten.

##### Stadtrat Weber:

Der Zustand im Trennhause ist schon, was ich gegenüber dem Stadts. Stein bemerken muß, ein unrichtiger. Nicht 100 Kranke, wie dieser sagt, sondern 203 sind dort schon jetzt untergebracht; die Räumverteilung ist bereits voll. Unter solchen Umständen geht es nicht an, zu sagen, daß an eine Erweiterung der Anstalt nicht zu denken ist. Die Aufgabe der Anstalt ist die Fortbildung der Kranken; es geht nur über den

und in bescheidenem Umfange vor sich. Deshalb sind die Ausschüsse zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Erweiterung unbedingt erforderlich ist.

##### Stadtrat Trentin:

Die Fälle, in welchen Alterszulagen in der von Herrn Stein angegebenen Weise gezahlt werden, sind sehr vereinzelt. Wo würde es auch als eine Härte anstehen, wenn Beamte irgendwelche Schäden erlitten. Im übrigen glaube ich nicht, daß der Magistrat davon abgehen kann, die Alterszulagen stets vom April, dem Beginn des Geschäftsjahres ab, zu berechnen und nicht vom wirklichen Amtsantritt. Wegen der Anrechnung der Militärzeit bei Militärämtern hat der Magistrat auch eine Anfrage veranlaßt, aber sonst die Erörterung dieses Grundgesetzes jetzt zurückgestellt. Dasselbe ist von ihm eine Erhöhung der Alterszulage erfolgt, wodurch die Lage der Militärämter verbessert wurde. Folglich wird der Anrechnung des Stadts. Stein, so mühten wir 64.000 Mark mehr verlangen; ob Sie damit einverstanden wären, ist ungewiß.

##### Stadtvorordneter Löbe:

Ich möchte mich heute auf die drei Fragen beschränken, in welchen der Herr Bürgermeister mir mit einer abweisenden Schroffheit entgegengetreten ist, die in meinen sachlichen Ausführungen nicht begründet erschien: Die Turnhallenfrage, die Friedhofsanlagefrage und das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter. Der Oberbürgermeister wundert sich nur, daß den Arbeitervereinen die Hallen nicht früher entzogen worden sind und führt als Grund dafür ein Lied an, welches erstens niemals in den Hallen gesungen worden ist und zweitens den Breslauer Arbeitervereinen überhaupt unbekannt ist. Diese Erwähnung wird, wie ich Herrn Dr. Vender kenne, ihm wahrscheinlich nicht zu einer anderen Stellungnahme bewegen, denn er glaubt ja, gegen Vereine vorgehen zu müssen, die „keinen Respekt vor den Institutionen haben, unter denen wir leben.“ (Sehr richtig!) Ja, aber dieses Vorgehen ist schon sehr tiefen vorgeworfen worden, die später zu den Westen der Nation gezählt worden sind! Es war gerade in Breslau, wo am 13. Januar 1824 gegen den Turnverein eine Anklage erhoben wurde mit der Begründung: „Der Dr. Friedrich Ludwig Zahn hat nicht allein dem gemeinsten Verachte, und seinen heiligsten Verpflichtungen entgegen, auf den Turnplätzen demagogische Politik jeder Art getrieben, sondern auch fortgesetzt verächtlich die Jugend gegen die bestehende Ordnung einzunehmen und zu revolutionären oder auch gefährlichen Grundtönen zu verführen.“ Zahn wurde denn auch wegen wiederholter frecher Neuerungen in Breslau zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt — wir waren damals schon hinteran — von einem anderen deutschen Gericht aber freigesprochen. Der Revolutionär von damals ist heute hoch geehrt. Er hätte sich wahrhaftig auch nicht trümen lassen, daß hundert Jahre später ein liberaler Oberbürgermeister mit denselben Redensarten die Rechte der Arbeiterturner verkürzen würde.

Es darf eben nicht danach gefragt werden, ob die Turner eine gute Gesinnung haben, sondern nur, ob sie das Gesetz befolgen und ihre Verpflichtungen erfüllen. Sonst müßten die Konfessionslose, zur Zeit des Kulturkampfes die Katholiken als Reichsfeinde aus den Turnhallen verwiesen werden. Was will der Oberbürgermeister entgegen, wenn demnächst die Schwarzkittel zu ihm kommen und verlangen, daß „Leben Jesu“ aus den städtischen Volksbibliotheken entfernt werden sollen? Wie will er seine Ueberwindung der guten Gesinnung handhaben, wenn ich ihm eine Festzeitung des Breslauer alten Turnvereins über einen Lumpenabend übermittle, auf deren Titelblatt ich außer allerhand Ungeheuer drei Schnapsnasen, ein Schnapsglas und eine Brantweinflasche vorfinde, und in deren Inhalt ich, trotzdem Damen an dem Feste teilnahmen, zarte Andeutungen aus einem Buche über die Ehe und Kindererziehung und über einen Schutzpanzer gegen Umarmungen von Pfaffenbuben sich befinden?

Wie will er weiter die Deutsche Turnerschaft noch in den Hallen lassen, wenn ich ihm folgendes Gedicht ihres ersten Vorsitzenden Dr. Göb, Lindenau, vorlese:

Es harret die Welt von Soldaten,  
Selbst Sachsen hat neue gekriegt,  
Sie mögen von hinten nur laden,  
Den Fortschritt erschließen sie nicht.  
Sie werden der Freiheit nicht Wehrer  
Trotz aller Krieger so groß,  
Das ewige Ringen der Geister  
Geht flott auf die Zukunft doch los.

Der Krieg hat im Lande gewüthet,  
Ranch' brüchtige Frucht brach er ab,  
Ranch' Sohn, den die Mutter gebüet,  
Zank' früher als nötig ins Grab.  
Ranch' anders und werdet gecheiter  
Und geht Euch zum Krieg nicht mehr her,  
Denn sehten zum Krieg erst die Streiter,  
So streiten die Fürsten nicht mehr.

In einem sozialdemokratischen Staat werden genau so wie in jeder bürgerlichen Republik etwaige Monarchisten die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung haben. Wir stellen ja jetzt schon unsere Gewerkschaftshäuser jedem katholischen Junglingsverein und evangelischen Großvaterverein zur Verfügung. So lange Sie das Geld der Bürger zu den Turnhallen nehmen, müssen Sie auch die Benutzung der Turnhallen allen zugestehen, wenn Sie nicht Ihre Pflicht der gleichen Behandlung verletzen wollen.

Je kräftiger sich Herr Dr. Vender gegen die Turner wandte, um so unentschiedener war seine Haltung gegenüber den Kirchengemeinden, die den freireligiösen Prediger bei einer Verdrängung schikaniert haben. Ich hätte erwartet, daß er hier wenigstens sagen würde: Hände weg, Loten! das sind unsere Friedhöfe. Wenn man die religiösen Dogmenstreitigkeiten auf die Städte der Toten übertragen will, werden wir Forderungen treffen, daß das nicht geschieht. Es handelt sich nicht darum, daß die Freireligiösen einen eigenen Friedhof erwerben sollen, den haben sie ja, sondern darum, daß ein Breslauer Bürger auf dem von ihm mitunterhaltenen Kommunalfriedhof eine Begräbnisfeier nach seinem Wunsch erhalten kann. Das Herr Vender für die Abweisung ansieht, ist doch das Recht der Privatbürger. So sagt der Oberprokurator Sobieschonsky zu den russischen Juden: Wenn Euch der orthodoxe Ritus nicht gefällt, dann begrabt Eure Toten, wo Ihr wollt.“ Eine liberale Kommune müßte aber dafür sorgen, daß auch der nicht zur Kirche gehörende Bürger nach seinem Wunsch beerdigt wird, wie das in Berlin schon längst geschieht. Am Grabe unserer großen Führer Liebknecht und Auer haben nicht nur freireligiöse Sprecher, sondern auch Parteifreunde Reden gehalten.

Besonders bei mir die Haltung des Bürgermeisters in der Frage des Koalitionsrechtes entsetzt. Seit den letzten Zusammenkünften in diesem Saale hat der so verachtete Mehrtheil alles getan, um die Gemeindearbeiter in friedlichem Sinne zu beirathen und für jedes Entgegenkommen Anerkennung bezeugt. Das aber Reichel anbetrifft, so sollte man doch nicht so geringachsigig von einem Manne sprechen, der 23 Jahre lang im Dienste der Stadt seine Pflicht getan und dann für seine Ueberzeugung aufs Pfahler geworfen worden ist. Wenn die damalige Affäre unrichtig war, dann nur für den Augenblick, der seine Macht bei dieser Entlassung mißbraucht hat. Reichel wie Rohaupt sind ihrem Verstande treu geblieben, Vorstandsämter bekleiden sie jedoch nicht mehr. Es steht manchmal so aus, als hätte dem Bürgermeister der Wille oder die Klugheit, anders als auf dem Kriegsfuß mit der Organisation zu verhandeln. Alle Verdienste werden ihr abgeschnitten. Dabei gab es fünfzehn Jahre lang vor dem Gemeindearbeiterverband keine Arbeiterausschüsse, das ursprüngliche Gebot der Sonntagsheiligung für die Rärner wurde nicht gewahrt, die Arbeiter wurde auf noch anderer Kritik von

15 Stunden auf 13 herabgesetzt und auch die Lohnerhöhungen fallen erst in die Zeit nach dem Wirken der Organisation. Ein Koalitionsrecht, bei dem die Vorgesetzten vorschreiben, wo und mit wem sich die Arbeiter verbinden sollen, ist natürlich kein Koalitionsrecht. Das haben am besten Orte schon die freireligiösen Christenvereine Arbeiter erfahren müssen. Der Bürgermeister scheint vielmehr auf dem Standpunkte zu stehen: Macht geht vor Recht, und die Ungerechtigkeit dieses Standpunktes würde er am besten verkörpern, wenn einmal ein sonnenwärdiger Mehrtheil durch den Mund des Herrn Reichel oder des Herrn Finger dem Bürgermeister erklären ließe: „Als Mitglied der freireligiösen Volkspartei sind Sie mir höchst verdächtig, mißfallen Sie mir und bei der geringsten Gelegenheit werden wir Sie absetzen, rücksichtslos, ohne Gewissensbisse.“ Dann würde er zwar nicht die materiellen Qualitäten fühlen, wohl aber die moralische Demittiqua, die er den Arbeitern recht zuzugut, und das Koalitionsrecht achten lernen.

##### Oberbürgermeister Vender:

Meine Herren! Ich bin gar nicht liberal im Sinne des Wortes, wie es Herr Löbe gebraucht und will ich auch nicht sein. Ich bin mir aber auch gar nicht bewußt, daß ich im Falle des Arbeiterturnvereins ein Strafverfahren eingeleitet hätte. Es handelt sich hier nicht um ein Verbrechen, sondern um ein Unterstücken des Turnvereins. Herr Löbe sagt, diese Väter, die ich anführte, sind gar nicht gesungen worden. Hier habe ich das Ueberbuch der freien Turner, wie mir mitgeteilt worden ist. Ich will Ihnen nur zeigen, wie das herrliche Lied: „Freiheit, die ich meine“ umschrieben wird. (Nebener Verlest das Lied, in dem einige religiöse Stellen abgeändert sind.) Das ist geschmacklos. Auch wie man den alten Max von Scheinendorf hier noch daruntersetzt (Nur!), das ist eine Geschmacklosigkeit. Man streicht selbst den Heiligen Gott aus den Liedern heraus. Dann ist ein Lied in dem Buche, das die deutsche Treue verächtlich behandelt. Wenn in einer sozialdemokratischen Turnhalle solche Lieder gesungen werden, haben wir nichts dagegen; aber wir lassen es nicht zu, daß sie in unseren Turnhallen gesungen werden. Das tun wir nicht! (Bravo!) Wir sind nicht parteiliberale, das will ich Herrn Löbe sagen. Wenn er den Nachweis dafür erbringen könnte, würde ich Herrn Löbe eine Kränze zahlen. Gestrichelt haben wir auch in unseren Volksbibliotheken manche Bücher, die abweichende Anschauungen vertreten. Wir haben zum Beispiel auch den evangelischen Kontrast in Breslau nicht begrüßt zum großen Mergel mancher Zeitungen. Herr Löbe wird da sagen, wir haben doch den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beherbergt. Aber dies wird nicht wieder vorkommen. Das ist eben das Schlimmste, daß man die Politik grundrücksichtlos mit der Turnerei verknüpft, daß diese Vereine Vorschule für die Sozialdemokratie sind. (Dho!) — Nun zur Verdrängungsfrage. Es handelt sich auch hier nicht darum, ob etwas gebildet werden soll, sondern ob eine bestimmte kirchliche Institution einer anderen dienlich gemacht werden soll. Soll ein Totengraber der evangelischen Gemeinde der freireligiösen Gemeinde zur Verfügung stehen? Da hat der Pastor mit Recht gesagt, nein, das will ich nicht. Ich habe mich geäußert, mit welcher Leichtgläubigkeit in solchen Fällen Beschlüsse gefaßt wird. Ich bin erstaunt, daß man einem solchen Sachverhalt gegenüber immer sagt, die Gewissensfreiheit wird angefaßt. Wenn eine Gemeinde Verdrängungen für eine andere besorgen will, ist es gut, wenn sie das aber nicht tut, kann man dagegen eigentlich nichts einwenden. Wir überweisen den Gemeinden ein Stück Land und sagen, hier könnt ihr beerdigen. Wir machen mit ihr gar keinen Vertrag und es besteht zwischen ihnen und uns kein Rechtsverhältnis. Bis jetzt sind wir damit gut ausgekommen. Wenn der jetzige Friedhof der freien Gemeinde nicht genügt, sind wir bereit, ihr einen anderen anzuweisen. — Dann das Koalitionsrecht. Herr Löbe möchte mich als einen Mann hinstellen, der Macht vor Recht gehen läßt. Weiter heißt es, daß durch den Gemeindearbeiterverband alles, die Arbeiterausschüsse, Lohnerhöhungen usw. gekommen sind. Wir sind aber seiner Zeit bekämpft worden, als es sich um die Altersversorgung der städtischen Arbeiter handelte. Die Arbeiter haben es uns zu danken, daß damals die Ansicht der Sozialdemokratie nicht durchging. Ich habe immer gesagt, wenn wir wissen, ein Arbeiter von uns ist Sozialdemokrat, so nehmen wir nie Veranlassung, ihn aus der Arbeit zu entlassen. Aber, wer Sozialdemokrat ist, hat nicht das Recht, unbeschäftigt zu sein. (Sehr richtig!) Macht ein Arbeiter als Sozialdemokrat über uns verlegende Neuerungen, so ist er nicht unser Mann. Wir verlangen Achtung nach unten und oben. (Bravo!)

Und wir lassen es da ruhig darauf ankommen, daß Herr Löbe und andere dagegen protestieren. (Sehr richtig!) Das habe ich den Beamten immer zur Pflicht gemacht, wenn jemand die Meinung vertritt, muß er hinaus. Die Treue und das Vertrauen des freien Mannes, die sollen die Herren pflegen. (Sehr richtig!) Ich muß bitten, nicht Leute in den Vorstand zu wählen, die mir vor vornherein feindselig gesinnt sind. Von Herrn Löbe muß ich anerkennen, daß er sich Mühe gibt, dort ein freundschaftliches Verfahren zustande zu bringen, während ich bei manchem anderen glaube, daß er sich auf den Thron setzen möchte. In unseren Betrieben ist nichts vorgekommen. Seit wir damals die Arbeiter entlassen haben, ist Ruhe und Frieden. Die Forderungen von Mehrtheil und Reichel sind auch nicht Original, sondern schon vorher anderweitig aufgestellt worden. Wir geben, was wir geben können. Ich hoffe, daß Herr Löbe und die Arbeiter zu der Ueberzeugung kommen, daß ich nicht der Mann bin, der Macht vor Recht gehen läßt, sondern aller nachkommt, was möglich ist. (Bravo!)

##### Stadts. Töpfer:

Die deutschen Turnvereine sind demuniziert worden als diejenige, die an der Entziehung der Turnhallen für die freie Turnerschaft schuld sind. Ich will mich darüber nicht bekümmern, sondern daran nur erigen, wie man von dieser Seite Vorwürfe erhebt. War denn überhaupt eine Demunizierung? Haben die freien Turner ihre verlegende Tätigkeit nicht überall offen binatragen? Ja, wie sie noch jung waren, haben sie die körperlichen Uebungen vorgeführt. Jetzt aber erinnere ich nur an die Versammlungen in der Provinz, die nach den Berichten den Einwohnern erwecken, daß es sich nicht um Turner handelt, sondern um gewöhnliche Apatation und Wahlfestmahlungen. Die Zeitungen, die diesen Turnern in die Hand gedrückt werden, sind turnerisch nichts wert, aber politisch lassen sie ins Gewicht. Wie der Herr Oberbürgermeister schon gesagt hat, es ist nicht verwunderlich, daß die Hallen entzogen worden, sondern daß sie nicht schon längst entzogen worden sind. Das ist auch meine Meinung. (Bravo!)

##### Stadts. Kaufmann:

Herr Stadts. Löbe hat eine eigene Art, seine Sache darzustellen; er besitzt eine angenehme Art zu reden und ich höre ihm gern zu. Aber Herr Löbe sagt auch manche ungerechten Dinge immer wieder. Wenn er z. B. herabsetzt, daß für die Schulen der Armen wenig ausgegeben wird, während die höheren Schulen so viel kosten, so muß doch beachtet werden, daß die Kinder der Volksschule kein Schulgeld zahlen. Da ist doch eine Wiederholung, die gewohnheitsmäßig, als arbeitsmäßig erscheint. Ich kann der Erwiderung des Herrn Oberbürgermeisters nur vollständig beipflichten. (Bravo!) Wir müssen Autorität über nach unten und beherrschen. (Beifall.) Die Menschen sind nicht so, wie sie sich die- jenigen vorstellen, die von einem Bunktsstaat reden; wir Menschen müssen gezwungen werden durch feste Formen. (Beifall.) Wer nicht Auto ist, wird auch keine ehren. Der Moment einer Verdrängung ist nicht dazu angetan, Gewalt auszuüben. Ob das hier gegeben, habe ich nicht zu untersuchen. Aber die städtische Verdrängung konnte im vorliegenden Falle nicht anders entstehen. Ich beanerke, daß Herr Vender in der Nummer der „Volkswacht“, welche über mehrere letzte Sitzung berichtet, hingewiesen wird als eine sonderbare Demittiqua. (Beifall.) Die Leute kennen ihn alle nicht, die ihn







# Ins Schlesien und Posen.

## Eine wichtige Entscheidung für Gewerkschaften.

Der Vorstand der Filiale Langenbielau des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes war vom Amtsvorsteher durch polizeiliche Verfügung aufgefordert worden, ein Mitglieder-Verzeichnis und Statuten einzureichen. Eventuell würde eine Exekutivstrafe festgesetzt werden. Die Filiale sei ein Verein, der auf öffentliche Angelegenheiten gemäß § 2 des Vereinsgesetzes einzutreten bezwecke. — Nachdem sich die Vorstandsmitglieder, Gubrecht, Schiller und Prasser, vereint beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Breslau beschwert hatten, sagten sie beim Ober-Verwaltungsgericht und bekräftigten, daß die Filiale und der Verband eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Indem der Zweck verfolgt werde, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung den Mitgliedern zu erringen, verfolge der Verband die privaten Interessen seiner Mitglieder. Im übrigen aber sei die Filiale nur ein selbständiger Bestandteil des Verbandes, der seinen Sitz in Berlin habe. Lediglich vom Zentralvorstand in Berlin könne die Einreichung eines Verzeichnisses der Mitglieder des Verbandes, auch derer, die in Langenbielau wohnen, verlangt werden. In Berlin sei solche Liste auch eingereicht worden. (Die Einreichung der Liste war nur noch strittig geblieben.) — Vor dem Ober-Verwaltungsgericht trat Rechtsanwalt Doktor R u h m die Klage. Unter anderem betonte auch er, daß wesentlich hier die Frage wäre, ob die Filiale ein selbständiger Verein sei. Nach dem Statut erscheine sie als ein selbständiges Organ des Verbandes. Es sei aus dem Statut zu folgern, daß im Prinzip alles, was die Filiale einnehme, dem Verband als solchen gehöre. Nur werde schon im Voraus durch das Statut eine Bewilligung getroffen dahin, daß ein Teil der Gelder für die im Orte notwendig werdenden Ausgaben der Filiale verbleibe. Bei einer möglichen Auflösung einer Filiale wäre alles, auch der Kassenbestand, an die Hauptkasse abzuführen.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage mit folgender Begründung ab: Die Frage, ob der Verband eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, erledige sich durch eine einfache Betrachtung des Statuts. Der Zweck des Verbandes berühre eine ganze Reihe Fragen, die die ganze deutsche Arbeiterchaft betreffen. Schon die Ausdehnung des Textilarbeiter-Verbandes über ganz Deutschland beweise, daß er nicht bloß private Angelegenheiten verfolge. Zudem könnten nach dem Statut auch Angehörige anderer Industrien, wenn für sie keine Organisation bestehe, aufgenommen werden. Ein Verein, der die soziale Lage eines ganzen Berufsstandes heben wolle, verfolge schon dadurch eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Die Selbständigkeit der Filiale sei zu bejahen, da es sich bei ihr um eine Vereinigung handele, die eigene Befugnisse habe, unter einer eigenen Leitung stehe und sich über einen bestimmten Bezirk erstrecke. — Der Einwand, die Polizei hätte vor Erlass einer Verfügung mit Strafanordnung erst in Güte versuchen müssen, das Verzeichnis zu erlangen, sei ohne gesetzlichen Anhalt. Es sei Sache der Polizei, wie sie es halten wolle. Die Verfügung sei berechtigt.

## Von der ober-schlesischen Polizei.

Das Thema von der ober-schlesischen Polizei ist wieder um ein interessantes Kapitel zu bereichern. Diesmal hat sich die stadtweiser Polizei um die Vermehrung verdient gemacht. Es handelt sich dabei um dieses: Genosse B r u h n s wollte am letzten Sonntag den Kindern der organisierten Arbeiter von M a r t i n s eine kleine Freude machen und lud sie daher für den Nachmittag in das Gewerkschaftslokal, um ihnen dort Wilhelm Busch' humoristische Lubenzeichnisse „Mar und Moritz“ mit den entsprechenden Bildern vorzuführen. Ein Eintrittsgeld sollte dafür nicht erhoben werden. Als genannter Genosse am Nachmittag zum Gewerkschaftslokal ging, fand er vor der Tür zwei Polizeibeamte, die ihm eröffneten, daß der Herr Polizeikommissar die Veranstaltung verboten habe! Ueber das Warum konnten die beiden Beamten nichts sagen. Der hochachtungsvolle Genosse Brubns, der weder in den dreifachen Verlehen noch in den letzten lustigen Bildern des berühmten Humoristen Wilhelm Busch bisher irgend etwas Burschenschaftliches hätte entdecken können, ging sofort zum Herrn Polizeikommissar, um sich aufklären zu lassen über die Gründe dieses merkwürdigen Verbots. Nun, der Herr Polizeikommissar erklärte, nach einer Verfügung des Herrn Oberpräsidenten aus dem Jahre 1891 hätte die Genehmigung der vorbeschriebenen Veranstaltung und zwar unter Vorlegung der Lichtbilder bei der Polizeibehörde eingeholt werden müssen. Da das nicht geschehen sei, könne der Polizeikommissar die Veranstaltung nicht erlauben. Und dabei blieb es, trotz entsetzten Protestes, und es blieb dem Genossen Brubns nichts übrig, als die erwartungsvoll versammelte Kindertruppe, die in Sturm und Regen von weither gekommen war, wieder nach Hause zu schicken. Und betrübt zogen die Kleinen davon, um eine unschuldige Freude betrogen, wo hoch

das Leben des Profetierkinds ohnehin so arm an Freuden und Abwechslung ist.

Eine später beim ersten Bürgermeister angebrachte Beschwerde hatte keinen anderen Ausgang, auch hier wurde die Einholung einer Genehmigung unter Vorlegung der vorzuführenden Lichtbilder gefordert. Wie die Polizeibehörde das in der nun angerufenen Bescheidinstanz begründen will, ist uns unverständlich. Von einer „öffentlichen Ausbarkeit“ kann in diesem Falle gar keine Rede sein, es handelt sich um eine ganz private Veranstaltung, der auch, da keinerlei Entgelt erhoben wird, jeder gewerbliche Charakter fehlt. Vor allem handelt es sich hier auch nicht um Erwachsene, sondern um Kinder, für deren „Versammlungen“ doch nicht die Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes gelten. Es ist denn auch unseres Wissens nirgendwo in Schlesien, wo bisher in einer ganzen Reihe von Orten „Mar und Moritz“ vorgeführt wurde, den Polizeibehörden eingefallen, eine solche Forderung zu stellen, obwohl an manchen Orten die Veranstaltung auch den Erwachsenen galt und auch ein bescheidenes Eintrittsgeld erhoben wurde. Ueberall hat die Polizei, trotz der hier ausgeführten Verfügung des Oberpräsidenten von Schlesien, die harmlos heiteren Verse von „Mar und Moritz“ mit samt den urwüchsig humoristischen Illustrationen ruhig vorgetragen bzw. vorgeführt lassen, hat auch eine Überwachung nicht für nötig gehalten, keine Anmeldung der „Versammlung“, geschweige denn eine Genehmigung verlangt. Die Polizeibehörde will sich sogar die Bilder vorlegen lassen. Sie vermutet wohl gar irgend eine umstürzlerische, staatsfeindliche, vielleicht auch eine unästhetische Tendenz in diesen Zeichnungen? Schade, daß Wilhelm Busch das nicht mehr erlebt hat, ein paar Verse voll von derbem Spott wären der umständlichen Aufzählung der Polizei sicher.

Kreiß hat die Sache eine bitterere Seite. Sie offenbart uns wieder einmal den ganzen Jammer unserer preussischen Verhältnisse. Kann es eine schärfere Illustration unserer bürgerlichen Unfreiheit, unserer vollständigen Rechtslosigkeit, der schier unbegrenzten, sich über alle Gebiete des Lebens erbreitenden Polizeimacht geben, als sie sich in diesem Fall darstellt? Kann es denn im vorerwähnten Rußland noch dieser Richtung hin noch schärfer sein, wie in Preußen?

e. Schweidnitz, 20. Februar. Ein Vogel, der die Freiheit liebt. Ein im hiesigen Gerichtsgefängnis internierter Straftäter, ein Arbeiter R. aus Dreißigbüden im Reichsstadter Kreise, wurde zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit auf acht Wochen nach seiner Heimat beurlaubt. Die Urlaubzeit ist zwar um, aber der Vogel ist noch nicht zurückgekehrt. Hoffentlich ist der Mann gesund: ob er sich der „goldenen“ Freiheit lange erfreuen wird, ist natürlich eine andere Frage.

Sternsdorf, 20. Februar. Unternehmer-Großmut. Auch in diesem Jahre wurde von der Firma Füllner eine besondere Veranstaltung für ihre Arbeiter ins Werk gesetzt. Die Arbeiter, ihre Frauen und die Arbeiterinnen, im ganzen etwa 480 Personen, wurden kürzlich mit der Talbahn in Extrawagen nach Silesberg befördert, um der Generalprobe der Aufführung der Singschule „Die Glocke“ beizuwohnen. Ein wahrer Strom von Menschen wogte vom Warmbrunner Platz nach dem Theater. Nach der Theateraufführung wurden sämtliche Teilnehmer wieder nach Warmbrunn und Silesberg befördert.

So ergeht man sich getreue und zufriedene Schächler. Immer nicht dieses Mittel freilich nicht.

Mittelwalde, 21. Februar. Gasvergiftung. Drei auf Arbeit kommende Arbeiter waren im Alter von 19, 20 und 28 Jahren, welche in der hiesigen mechanischen Weherei von Weinberger beschäftigt waren, machten in ihrer Wohnung Feuer und legten sich zu Bett. Morgens fand man alle drei durch Kohlenoxydgas vergiftet bewußtlos vor. Bei der einen Arbeiterin war der Tod schon eingetreten, während die anderen im Laufe des Vormittags starb. Das dritte Mädchen besitzt man am Leben zu erhalten.

Ueber das Unglück wird der „Schl. Bg.“ von dort noch berichtet: Die drei Fabrikarbeiterinnen fanden ihr Zimmer von Dünstqualm erfüllt; sie öffneten das Fenster, um Abzug zu schaffen. Nachdem die Luft sich sichtbar gebessert hatte, schlossen sie das Fenster wieder und bezogen sich zu Bett. Während der Nacht entwickelten sich neue Kohlenqualm, welche den schlummernden zum Verhängnis wurden. Am Morgen fand man die eine, die ihren seit Jahren schwerkranken Vater unterhielt, als Leiche vor, die anderen beiden dem Tode nahe. Im Laufe des Tages starb auch die zweite, während man die dritte am Leben zu erhalten hofft. Der Dier war mit Angst gefüllt und hätte längst geflohen werden müssen.

Jauer, 21. Februar. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in dem herrschaftlichen Walde von Kolbnitz. Mehrere Arbeiter waren mit Holzfällen beschäftigt, wobei ein Stamm infolge des herabstürzenden Sturmes merkwürdig niederfiel und den Maurer Brauner, der sich nicht mehr rechtzeitig retten konnte, so unglücklich traf, daß ihm der Schädel gespalten wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Brunnalichte hinterließ Frau und Kinder.

Glegau, 21. Februar. Die Schusswaffe. Mittwoch Vormittags spielte in der Schiffswerft der Firma Friedländer u. Co. in J a u während der Frühstückspause der 16 Jahre alte Kolonist K., der Sohn eines Fabrikbesizers in Grünberg, mit einem Revolver und zielt dabei nach dem 35 Jahre alten Schweißhändler. Dabei entlief sich die Waffe und Anders stürzte, ins Herz getroffen, tot zu Boden. Er hinterläßt eine Frau, die Augenzeuge des traurigen Vorfalles war, und ein Kind.

## Kleine provinzielle Nachrichten.

Aus Girschberg wird berichtet: Auf das Laumetter der letzten Tage ist jetzt wieder Winter gefolgt. In der Nacht zu Donnerstag gingen im Tal und Gebirge gewaltige Schneemengen nieder. Die Temperatur ist unter Null Grad zurückgefallen. Am

Donnerstag Vormittag schneite es tüchtig weiter. Auch das Tal hat eine ansehnliche Schneelage. Infolge des täglich eintretenden starken Schneefalles ist der Verkehr sehr erschwert. — Die Ortsgruppe des Reichsvereins in Gansau hielt eine außerordentliche Generalversammlung ab. Für die Ortsgruppe Gansau würden als Naturdenkmäler in Frage kommen der alte Baum Deutschlands in dem 1 1/2 Stunden von hier entfernten Katholisch-Demensdorf. Es ist dies eine 18—1400 Jahre alte Eibe, die trotz ihres Alters noch tüchtig weiter wächst, während die etwa 14 bis 16 Eiben im Eichenauer Schloßpark ganz nahe an der Talpforte dem Aussterben nahe sind, ferner eine einzelne Kiefer auf dem Gesechtshöhe bei Katholisch-Demensdorf am 28. November 1744, der Mannesstein auf dem Raubauer Eisenberge, das Heiliger-Denkmal auf dem Rappenberg, an die Suffitenkriege erinnernd, u. a. — In Oelsang bei Dornow wütete ein mächtiges Feuer. Einige Häuser, die in der Nähe des Domturmaltorfes standen, brannten ab. Das Schloß stand in großer Gefahr. Man nimmt an, daß Brandstiftung vorliegt. — In Bogutshaus sind am Dienstag bei dem Arbeiter Adamus P o k e n festgestellt worden. Alle in Bogutshaus beschäftigten ausländischen Arbeiter — es sind mehr als 1000 — müssen sich, soweit dies noch nicht geschehen ist, einer Schutzimpfung unterziehen.

## Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

G. Groß-Machern. Nur Vereine und Versammlungen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, müssen der Polizei angezeigt werden. Gesangs-Vereine, Radfahrer-Vereine, Turn-Vereine und ähnliche Vereine haben nicht nötig, der Polizei zu melden, daß sie gegründet worden, Statuten, Mitgliederverzeichnisse brauchen sie nicht einreichen. Auch ihre Vereins-Versammlungen können ungehindert stattfinden, sie sind auch an die Polizeistunde nicht gebunden, sondern können über sie hinaus gehen. Es war deshalb durchaus unrichtig und unnötig, den Amtsvorsteher darüber anzufragen und um Verlangung der Polizeistunde für den Verein zu ersuchen. Sie haben ohne weiteres das Recht, über 11 Uhr Nachts hinaus zusammenzukommen. Wollen Sie ein fest des Vereins mit Tanz abhalten, so bitten Sie beim Amtsvorsteher auch nicht um Genehmigung, sondern teilen ihm einfach mit, wann und wo das fest veranstaltet und erklären, daß Zutritt nur die Mitglieder, deren Angehörige und eingeladene Gäste haben. Solche feste dürfen nicht verboten werden, sie gelten als nicht öffentlich und bedürfen keiner Genehmigung. Falls der Amtsvorsteher trotzdem ein Verbot, so lasse man sich nicht einschüchtern und halte das fest ruhig ab.

R. A. 100, Kolmar. Wenn Sie den Mietsvertrag nicht unterzeichnet haben, können Sie als Ehegattin zur Mietzahlung nicht herangezogen werden. Der Wirt darf Ihre Sachen nicht pfänden und Sie am Ausziehen nicht hindern.

## Vereins-Kalender.

### Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 22. Februar:  
Zimmerer. Jeden Sonnabend ab 8 Uhr im Billardzimmer.  
Freie Turnerschaft. Großer Maskenball im großen Saale. „Die olympischen Spiele in Athen.“ Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, den 23. Februar:  
Schiffzimmerer. Vormittags 9 Uhr: Versammlung. Zimmer 1.  
Sutratoure. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Zimmer 2.  
Dienstag, den 25. Februar:  
Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

### Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Volkswacht“-Agitation.  
Sonntag, den 23. d. Mts., findet wieder eine Agitation für die „Volkswacht“, von dem Lokal „Linde und Kiste“, Rönningstraße 10 aus statt. Alle Genossen sind hierzu freundlich eingeladen und werden gebeten, möglichst pünktlich zu erscheinen.

### Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land-Neumarkt).

Land-Distrikt 1 (Bezirke Oswig, Hansern, Rosenthal, Carlowitz, Leipe, Petersdorf).  
Sonntag, den 23. Februar, Vormittags 10 Uhr: Distrikts-Versammlung in K n a b e ' s Lokal in Oswig. Tagesordnung: 1. Teilung des Distrikts 1. 2. Neuwahl der Distriktsführer. 3. Verschiedenes. Die Genossen werden ersucht, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.  
Land-Distrikt 2 (Bezirke Gansau und Kosel).  
Sonntag, den 23. Februar, Vormittags 9 1/2 Uhr: Sachtag bei Mühlste in Kosel.

### Land-Distrikt 3.

Den Genossen zur Kenntnis, daß Herr E. Müller in Maria-Görschen der Arbeiterchaft sein Lokal entzogen hat. Aus diesem Anlaß findet Sonnabend, den 22. d. Mts., eine Zusammenkunft im Restaurant Siebels Nachfolger in Schmalbeck statt. Alle Genossen, denen es Ernst mit unserer Sache ist, wollen bestimmt erscheinen.  
Land-Distrikt 6.

Sonntag, den 23. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Zusammenkunft und Sachtag in Olschkin bei Müller.  
Land-Distrikt 9 (Eichensch).

Sonntag, den 23. Februar, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Gummert. Tagesordnung: Neuwahl des Distrikts- und der Bezirksführer. Hierzu muß jeder Genosse erscheinen.

### Land-Distrikt 11.

Bezirk 3 (Stabelwitz und Kolonie Stabelwitz). Sonntag, den 23. d. M., Nachmittags 3 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

### Land-Distrikt 13 (Bezirk Gräbtschen).

Sonntag, den 23. Februar, Vormittags von 10 Uhr ab: Sachtag bei R u p p r i c h.

Am 19. d. Mts. verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser treuer, gütiger Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Zimmermann

**Johann Scholz**

im Alter von 35 Jahren 1 Monat.

Dies zeigt, um stille Teilnahme bittend, an die beifolgende Gattin nebst 4 umköstlichen Kindern.

Beerdigung: Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach Oswitz. 857

Am 19. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Zimmerer

**Johann Scholz**

im Alter von 35 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Sonntag, den 23. Februar, nachm. 2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach Oswitz. 858

Am 12. d. Mts. verschied unser werter Genosse, der Zimmerer

**Johann Scholz**

im Alter von 35 Jahren. 859

Ehre seinem Andenken!

Die Genossen des 11. Distrikts (Schmalbeck) des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Kalb-, Rind- u. Schweinefleisch

Wid. 60 Pfg. bekannt gute 849

Press-, Leber- u. Mettwurst

Wid. 70 Pfg.

**Baroke**

am Gaudauer Platze.

Konfirmanden-Anzüge

empfiehlt in

**Cheviot, Tuch, Sammgarn,**

7, 8, 9, 10, 12 bis 20 Jrl.

Empfehlung nach Maß in allen Preislagen.

**Eugen Hamburger**

Rosenthaler-Gasse

Reinhardtstr. 25. Ecke Rabodstr.

3 Minuten von Hauptbahnhof.

Der Reichtum konfirmanden-Anzüge

besteht sich im Gegensatz gegenüber

**Konfirmanden**

-Stiefel und -Schuhe

**CONRAD** in grosser Auswahl und in allen Preislagen!

**Stiefel** von M. 4<sup>90</sup> an

**Conrad Tack & Cie., Burg** bei Mgdb.

Älteste und bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält. 841

Verkaufsgeschäft

**Breslau: nur Reuschestr. 48.**